

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 21.

Donnerstag, den 25. Januar 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die rote Flut.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht die amtlichen Ermittlungen über die Zahl der bei der Hauptwahl abgegebenen Stimmen.

Es betrug die Zahl der Wahlberechtigten 14 441 777 gegen 13 350 698 im Jahre 1907; somit eine Zunahme um 1 091 079. Gültige Stimmen wurden abgegeben 12 206 808 gegen 11 262 775 im Jahre 1907, somit eine Zunahme um 944 033. Die Wahlbeteiligung war also eine sehr starke: 84,5 Prozent der Wahlberechtigten haben ihr Recht ausgeübt, bisher war nur bei der Hottentottenwahl die Beteiligung gleich stark (84,7 Prozent).

Auf die einzelnen Parteien verteilen sich die abgegebenen Stimmen in folgender Weise:

Parteien	1912	1907
Konservative	1 120 274	1 060 209
Reichspartei	370 897	471 863
Deutsche Reformpartei	51 928	
Wirtschaftliche Vereinigung und zwar:		
Deutsch-sozial	47 901	
Christlich-sozial	108 954	
Bund der Landwirte	58 998	472 530
Sonstige	94 014	
Bayrischer Bauernbund	48 219	76 107
Zentrum	2 035 290	2 179 743
Polen	441 736	458 858
Nationalliberale	1 672 619	1 687 048
Deutscher Bauernbund	29 148	
Fortschrittliche Volkspartei	1 528 886	1 238 933
Demokratische Vereinigung	29 444	
Sozialdemokraten	4 250 329	3 259 020
Gläcker	68 565	103 626
Lothringler	36 356	
Welfen	90 608	78 232
Sittauer	6 227	4 221
Dänen	17 289	15 425
Wilde	48 688	208 942
Unbestimmt	37 654	
Zerplittert	9 855	8 018
Summa	12 206 808	11 262 775

In erster Linie interessiert uns dabei natürlich die Zahl der proletarischen Stimmen: es sind rund $4\frac{1}{2}$ Millionen.

Diese Zahl spricht eine noch eindringlichere Sprache, wenn wir beachten, daß das „allgemeine“ Wahlrecht insofern nicht gilt, als die jungen Proletarier im Alter zwischen 20 und 25 Jahren das Wahlrecht nicht haben. Diese schreiende Ungerechtigkeit raubt der Arbeiterklasse einen gewaltigen Teil ihres Einflusses bei den Wahlen. Proletarier werden jung. Während die durchschnittliche Lebensdauer der Angehörigen verschiedener Gruppen der Bestehenden 45 Jahre und mehr beträgt, hat der Proletarier, der im Frondienste des Kapitals seine Lebenskraft vorzeitig aufreibt; kaum die Aussicht, ein Alter von 35 Jahren zu erreichen. Aus jungen Männern unter 25 Jahren besteht also ein gewaltiger Teil der Armee des Proletariats und gerade unter diesen jungen Arbeitern, deren Enthusiasmus noch nicht durch des Lebens Mühsale und Qualen gedämpft ist, hat auch die revolutionäre Idee ihre begeisterten Anhänger. Wenn ein Drittel der Wähler sozialdemokratisch stimmt, so sind sicher von den jungen Männern, denen man das Recht mitzustrimmen abspricht, sicher weit über die Hälfte Sozialdemokraten. Daher führt jene Zahl von $4\frac{1}{2}$ Millionen sozialdemokratischen Wählern zu dem Schlusse, daß heute weit über die Hälfte des werktätigen Volkes von der Idee der revolutionären Sozialdemokratie erfaßt sind.

Und diese revolutionäre Armee ist im beständigen Wachsen! Um 9 913 09 ist seit 1907 die Zahl der sozialdemokratischen Wähler gestiegen, rund um eine Million. Mehr als 30 Proz. beträgt die Zunahme in den letzten fünf Jahren. So steigt die rote Flut, so werden die Köpfe revolutioniert, so wächst in rascher Progression jene Macht, die die kapitalistische Welt mit all ihren Verbrechen an der Menschheit zu überwinden berufen ist.

Das ist die große Lehre der Wahlen von 1912. Betrachten wir nun die Zahlen der Stimmen, die den bürgerlichen Parteien zugefallen sind, so sehen wir, daß alle diese Parteien zusammen verloren haben. Rund 9 440 000 Stimmen sind mehr abgegeben worden bei der letzten Wahl, aber die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen beträgt 9 913 090; die bürgerlichen Parteien haben also 47 000 Stimmen weniger erhalten, als sie vor fünf Jahren erhielten. Die Zahl der Wähler ist gestiegen, aber der ganze Zuwachs fällt der Sozialdemokratie zu, die Zahl der bürgerlichen Stimmen sinkt.

Wie diese Verluste sich auf die einzelnen Parteien verteilen, läßt sich aus diesen Gesamtzahlen noch nicht genau berechnen. Es findet ein beständiger Schwacher statt: bei den Hottentottenwahlen haben vielfach beim ersten Wahlgang die freisinnigen Männer für die Sunker gestimmt; legt dagegen sind die Zentrumswähler zum Teil für die Konservativen aller Farben abkommandiert worden. Deshalb wird ein genaues Bild sich erst ermitteln lassen, wenn die Zahlen für die einzelnen Wahlkreise vorliegen. Aber so viel ist bereits aus den Gesamtzahlen ersichtlich: die Parteien des Schnapsblockes haben empfindliche Verluste. Faßt man die reaktionären Parteien der Konservativen, der Reichsparteier, der Antifemiten verschiedener Couleur und des Bundes der Landwirte zusammen, so ergibt sich ein Rückgang von 2 004 602 auf 1 855 946, um 148 656 Stimmen. Das Zentrum erleidet einen Verlust von 144 453 Stimmen. Somit haben diese Verbündeten, die sich gegen jeden Fortschritt verschwören, einen Verlust von rund 283 000 Stimmen zu verzeichnen. Aber auch die „verbende Kraft des liberalen Gedankens“ erweist sich als recht fraglich: die Fortschrittliche Volkspartei geht mit einem Gewinne von 324 000 Stimmen aus dem Wahlkampf, die Nationalliberalen mit einem Gewinne von rund 35 600.

Zurückgeworfen, geschlagen sind die reaktionären Haufen, sie weichen dem siegreichen Vormarsch der Revolution!

Unser die Welt! Das ist die stolze Zuversicht, die wir aus dem Resultat der Wahlkampagne schöpfen. Aber wie es Kämpfern geziemt, ziehen wir daraus nur den einen Schluß: vorwärts an die weitere unermüdete, rastlose Arbeit! an die Arbeit im Dienste des Sozialismus und der Revolution.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Vor der letzten Entscheidung.

Am heutigen Donnerstag fällt in den noch ausstehenden 33 Wahlkreisen die Stichwahlentscheidung und damit endgültig die Entscheidung über die Zusammenfassung des neuen Reichstages. Der Umstand, daß der letzte Rest der Stichwahlen den Ausschlag nach der einen oder der anderen Seite geben kann, gibt jeder einzelnen noch ausstehenden Wahl eine außergewöhnliche Bedeutung. Die Entscheidung steht auf des Messers Schneide, ob der schwarz-blaue Block abermals eine, wenn auch noch so geringfügige, Mehrheit im Reichstage erlangen wird, oder ob es gelingt, eine gegen ihn gerichtete Mehrheit zu schaffen. Wenn die bürgerlichen Parteien, die mit der Parole: „Nieder mit dem schwarz-blauen Block!“ in den Wahlkampf gezogen sind, die Fortschrittler und die Nationalliberalen, nur am letzten Stichwahltag Stange halten wollten, so ist es möglich, die bisherige Mehrheit durch eine andere zu ersetzen. Wenn überall bei den bisher schon vollzogenen Stichwahlen die fortschrittlichen Wähler der Parole ihrer Parteileitung gefolgt wären, so wäre das Ziel ganz zweifellos erreicht worden. Dadurch, daß sich trotz aller Mahnungen ein Teil der Fortschrittswähler in der entscheidenden Stunde dazu hergegeben hat, reaktionären Wahlhilfe zu leisten, ist die Erreichung des diesem Wahlkampf gesteckten Zieles in Frage gestellt worden.

Die Möglichkeit, es trotz allem noch zu gewinnen, liegt aber vor, wenn in allen noch vorzunehmenden Stichwahlen, wo die Reaktionäre nicht unter sich sind, sondern mit Sozialdemokraten oder Liberalen den Kampf anzufechten haben, alles gegen die Reaktion stimmt. Noch 13 Wahlkreise sind den Parteien der Linken (die Nationalliberalen eingeschlossen) sicher, da hier Sozialdemokraten und Liberale gegeneinander in der Stichwahl stehen. Es sind dies folgende Wahlkreise: Frankfurt a. O.-Lebus, Guben-Lübben, Sorau-Forst, Liegnitz-Haynau, Schönau-Hirschberg, Liebenwerda-Torgau, Sangerhausen-Eckartsberga, Querfurt-Merseburg, Nordhausen, Altena-Ferlahn, Bochum-Gelsenkirchen, Lempe-Kemscheid und Mülheim a. d. Ruhr-Quisburg.

In 15 Wahlkreisen stehen Sozialdemokraten oder Liberale gegen Kandidaten des schwarz-blauen Blocks, mit Aussicht, diesen zu werfen, in der Stichwahl und zwar:

Sozialdemokraten gegen Konservative in Landsberg-Soldin, Rafau-Lückau, Striegau-Schweidnitz und Grünberg-Freystadt.

Sozialdemokraten gegen Freikonservative in Potsdam-Osthavelland und Elberfeld-Sarmen.

Sozialdemokraten gegen das Zentrum in Dortmund, Düsseldorf und Essen.

Fortschrittliche Volkspartei gegen Konservative in Glogau, Lieben-Bunzlau und Schweidnitz-Wittenberg.

Fortschrittliche Volkspartei gegen Reichspartei in Züllichau-Croßfen.

Nationalliberale gegen das Zentrum in Osnaabrück.

Deutscher Bauernbund (nationalliberal) gegen den Konservativen v. Kröcher in Salzwedel-Gardelegen.

In fünf Wahlkreisen stehen die Blockparteien gegeneinander zur Wahl und zwar in Marienburg-Eibing, Schweg, Krotzschin, Oppeln und Lublin-Olewig. Diese fünf Kreise werden also auf alle Fälle dem schwarz-blauen Block verbleiben.

Der entscheidende Kampf wird in den genannten 15 Wahlkreisen ausgefochten. Leider ist zu befürchten, daß auf Grund der Stichwahlabmachungen zwischen Nationalliberalen und Zentrum und auch zwischen Nationalliberalen und Konservativen die erlernten der Reaktion noch einige Mandate zuzugewinnen werden. Sobald Sozialdemokraten als Konkurrenten in Frage kommen, entscheidet bei den Nationalliberalen und auch vielfach bei den Fortschrittler der Klasse gegen sie und sie laufen ins Lager der Reaktion über, wohin freilich manche Nationalliberale so wie so gehören. Beispiele, wie das in Köln gegebene, sind leider sehr selten.

Wenn es in den letzten Stichwahlen nicht gelingt, die Schwarz-Blauen in eine Minderheit zu versetzen, so tragen die Verantwortung dafür diejenigen Liberalen, welche feig ihre eigene Fahne im Wahlkampf verließen.

Konservativer Schwindel.

Das tolle Märchen vom Auszug des Kaisers und dreier Garderegimenter aus Potsdam im Falle der Wahl Liebknechts wird vom Kriegsministerium völlig dementiert.

Im Wahlkreise Osterburg-Stendal wurde von konservativer Seite ein Flugblatt verbreitet, das vom sozialdemokratischen Kandidaten und seinem Wahlkomitee verfaßt zu sein schien. Es ist aber festgestellt worden, daß der sozialdemokratische Vertrauensmann für Stendal dieses Flugblatt nicht herausgegeben hat. Die nach dem „Berliner Tageblatt“ sofort eingeleiteten Untersuchungen der Staatsanwaltschaft ergaben bereits, daß die Stendaler Unterschriften gefälscht sind.

Der Rixdorfer Wahlrechtsraub.

Im Jahre 1910 versuchte man in Rixdorf, das Wahlrecht zu „korrigieren“, indem das sog. „Kinderprivileg“ fälschlich angewendet und die Steuerdrückelung zugunsten der dritten Wählerklasse nicht richtig gehandhabt wurde. Hiergegen protestierten unsere Genossen. Der Bezirksauschuß gab ihnen recht und kassierte die Wahl der 28 Stadtverordneten. Nun hat am Dienstag noch das preussische Oberverwaltungsgericht die Ungültigkeitserklärung ausgesprochen, da „eine gültige Wählerliste bei diesen Wahlen rechtlich überhaupt nicht existierte!“

Kein Reichstag ohne Koefficke?

Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Berliner Kreisen erzählt, besteht im Wahlkreise Homburg-Rusel (Pfalz) die Absicht, Dr. Koefficke das Mandat für diesen Wahlkreis anzubieten. Der neugewählte Abgeordnete Gehardt würde in diesem Falle sein Mandat zugunsten Koeffickes niederlegen. — Bismarck; Kaiserlautern — „Du übermütiger Gesell, juckt Dich zum dritten Mal das Fell?“

Je mehr Wähler, desto weniger Macht!

Das ist die Parole der Finkersippe, in der preussischen Wahlrechtsfrage. Die „Kreuzzeitung“ schreibt, weil die diesmalige Thronrede zur Eröffnung des preussischen Landtages nichts über eine Abänderung des preussischen Wahlrechts enthalte, halte sich der König nach dem Scheitern des ersten Versuchs dazu nicht mehr verpflichtet! Die „Kreuzzeitung“ macht noch besonders geltend, daß man nach den Wahlerfolgen der Sozialdemokratie in Reich und in den Bundesstaaten nicht wünschen könne, daß sie sich auch im preussischen Landtage noch stärker einmische. Über diesen strechen Hohn wird man noch reden. Daß übrigens der Hinweis auf die Sozialdemokratie nur ein Vorwand ist, geht schon aus der Tatsache hervor, daß in der Zeit, wo die Sozialdemokratie sich um die preussischen Landtagswahlen noch gar nicht kümmerte und noch sehr viel geringer an Anhängerzahl war, wo die Konservativen es nur mit den Liberalen zutun hatten, sie genau ebenso einer Reform des preussischen Wahlrechts widerstrebten. Die Herrschaft im Preussenslandtag ist ja bares Geld für die Gesellschaft, und das Zentrum erhält sie ihr noch!

Als Alterspräsident

wird der fortschrittliche Abgeordnete Albert Traeger, der 82 Jahre alt ist, den neuen Reichstag eröffnen.

Wie siegte Kämpf in Berlin?

Mit 9 Stimmen Mehrheit! Wie errang er diese? Man lese nachfolgende beide, von dem Freisinn Berlins verbreiteten Flugblätter:

„Konservativ! Soeben hat der Reichskanzler seine Stimme abgegeben. Soeben haben die anderen Minister gewählt. Konservativ folgt dem Beispiele der leitenden Staatsmänner. Keine Wahlenthaltung, die den Sieg der Sozialdemokraten bedeutet. Auf zur Wahl!“

Das war der Beifall nach oben!

Und dann das zweite:

„An die demokratischen Wähler! Ihr seid verraten! Dr. Breitscheid hat am Sonnabend in der Vertrauensmännerung der demokratischen Versammlung seinen Beitritt zur sozialdemokratischen Partei erklärt. Wer sich an diesem Verrat nicht beteiligen will, wähle Johannes Kämpf!“

Das war der Trittschritt nach unten!

Ein Opfer fortschrittlicher Mache

Scheint der Demokrat von Gerlach in Marburg geworden zu sein. Der „Frankfurter Zeitung“ wird nämlich von dort berichtet: „Ausschlaggebend war die Parole der Nationalliberalen, für Kupp zu stimmen und die geringere Wahlbeteiligung in der Stadt, das namentlich auf das Verhalten der Neudemokraten in Frankfurt und Berlin zurückzuführen ist. . .“

Das Zentrum kann immer auch anders.

Während es sich im Westen jetzt als der einzige Wall gegen den roten Umsturz anpreist, hat es — wie der Konstanzer „Seebote“ meldet, noch vor vier Tagen (vergebens) versucht, die Sozialdemokraten in Konstanz für seine Stichwahl zu gewinnen. Kann handeln links, kann handeln rechts . . .

Und das nennt sich freisinnig!

Eine sonderbare Sorte Freisinniger hat im Wahlkreis Liegnitz-Goldberg-Haynau ihr Domizil aufgeschlagen. Dort steht heute der Freisinnige Fischbeck gegen unseren Genossen Dietrich in Stichwahl. Bei der Hauptwahl erhielten: Dietrich 10 678, Fischbeck 10 479 und der Konservative 7767 Stimmen. Um nun den letzteren Honig um den Bart zu schmieren, erläßt der Vorstand der liberalen Wahlvereine des dortigen Wahlkreises folgende schmuckvolle Erklärung:

„Jede Rundgebung einer allgemeinen Stichwahlparole des geschäftsführenden Ausschusses der Fortschrittlichen Volkspartei läuft dem Organisationsstatut der Partei, nach welchem die Organisation des Wahlkreises bei Stichwahlen zu entscheiden hat, zuwider und entbehrt der bindenden Kraft für die Bezirksverbände und Ortsvereine.“

Neben diesem formellen Einwand gegen die ausgegebene Stichwahlparole des geschäftsführenden Ausschusses spricht der unterzeichnete Vorstand auch ernste Bedenken gegen ihre Tendenz aus. Die Stichwahlparole entspricht nicht den Anschauungen unseres Vorstandes und unserer Wähler, die in der Sozialdemokratie den in erster Linie zu bekämpfenden Gegner erblickten.“

Der Vorstand der liberalen Wahlvereine des Wahlkreises Liegnitz-Goldberg-Haynau. S. A.: Peikert.“

Ein solches Verhalten ist nicht freisinnig, sondern feiginnig!

Ohne Trimbörn kein Gickhoff!

In der am Kölner Wahltag erschienenen Nummer der „Kölnischen Volkszeitung“ steht folgende „Stichwahlstimmung in Lennep-Kemicheld“:

„Mit Spannung sieht man dem Ausfall der Stichwahl am Montag, besonders in Köln-Stadt entgegen, wo der Freisinn den Sozialdemokraten gegen das Zentrum unterstützen will, während hier das Zentrum den freisinnigen Kandidaten herauszuholen soll. Dem Zentrum wäre eine willkommene Gelegenheit gewesen, mit der Sozialdemokratie, deren Frechheit aus höchste gestiegen ist, abzurechnen; es hat aber keine Lust, die Fußritze, die ihm anderwärts verzieht werden, mit dem Stimmzettel zugunsten dieser Partei, des Freisinnigen, zu quittieren. Es herrscht unter den Zentrumsanhängern des hiesigen Wahlkreises eine entschlossene Stimmung: Fällt Trimbörn, dann fällt Gickhoff! In unvernünftigen Reizen wird zwar nicht rot gewäht, wir können aber Gewehr bei Fuß halten und dem Kampfe der Gegner ruhig zusehen. Wenn also hier die rote Fahne gehißt werden sollte, dann ist es nicht die Schuld des Zentrums, sondern derjenigen, die ihm eine Teilnahme an der Wahl unmöglich machen.“

Eine Wahlrechtsvorlage für das Herzogtum Braunschweig

wird, nach einer den Braunschweiger Neuesten Nachrichten zugänglichen Information dem Braunschweigischen Landtag zugehen. Sie sieht eine Reform des Wahlrechts auf Grund des Dreiklassenwahlrechts mit direkter und geheimer Abstimmung vor.

Im März 1910 erklärte der Braunschweigische Staatsminister v. Otto im Braunschweigischen Landtage, daß innerhalb der Regierung über die Änderung des Wahlrechts beraten werde, daß man sich aber über die Form des neuen Wahlrechts noch nicht schlüssig geworden sei. Nach zwei Jahren ist endlich diese Regierung auf das preußische Wahlrecht als Muster eines Wahlrechtssystems verfallen.

Seit bestand die „Landesvertretung“ in Braunschweig, aus 48 Abgeordneten, von welchen 15 die Städte, 15 die Bauern und 18 die wahlberechtigten Berufsklassen (2 Geistliche, 4 Großgrundbesitzer, 3 Gewerbetreibende, 2 akademisch Gebildete und 3 Höchstbeeherrschte) in das „amose Parlament“ entsandten. Und nun glaubt die Braunschweigische Regierung, das Volk mit dem preußischen Dreiklassenwahlrecht — allerdings bei direkter und geheimer Stimmabgabe! — zufriedenzustellen zu können. Man sieht, wie eine Regierung die Volksmasse einschätzt! Der Kampf um ein freies Wahlrecht wird jetzt entbrennen.

Trimbörn, der Durchgefallene,

veröffentlicht in der „Köln. Volksztg.“ einen Aufruf, in dem er die Zentrumswähler des Ruhrreviers bittet, nicht gleiches mit gleichem zu vergelten, sondern heute geschlossen für die rechtsnationalliberalen Kandidaten einzutreten. Ihm springt im letzten Moment noch der lange Kanzler bei, der in einem Schreiben an den Pastor Weber in M.-Gladbach hofft und wünscht, daß die „patriotischen Bemühungen der christlich-nationalen Arbeiter“ im Ruhrrevier Erfolg haben. — Hoffen wir, daß Trimbörn heute abend noch recht viele bürgerliche Kollegen aus dem Ruhrrevier erhält.

Der Schacher um Rheinland-Westfalen.

Dem „Berliner Tageblatt“ wird aus Düsseldorf gemeldet: „Wie ich aus unbedingt sicherer Quelle erfahre, ist beabsichtigt, in einer der nächsten Sitzungen des Düsseldorfer Stadtrats einem Zentrumsantrag Folge zu leisten, nach dem den kirchlichen Mädchenkassen, deren Lehrerinnen sich aus Ordensschwwestern zusammensetzen, aus städtischen Mitteln Subventionen gewährt werden sollen. Der liberale Deputierter für das Schulwesen ist gegen diese Unterstüfung, die allen bisherigen Gepflogenheiten liberaler Stadtverwaltungen widerspricht. Herr Justizrat Rehren, der gewesene nationalliberale Kandidat, gibt sich alle Mühe, seine „liberalen“ Kollegen zur Annahme des Zentrumsantrages zu bewegen. Die liberale Stadtverwaltung von Krefeld hat bekanntlich eine derartige Annahme des Zentrums kürzlich zurückgewiesen.“

Die Erbanfallsteuer soll durchgedrückt werden.

Scheinbar von offizieller Seite wird gemeldet, daß der Bundesrat sich demnächst mit der Erbanfallsteuer beschäftigen wird, die dem Reichstage dann zugehen soll. Die verbündeten Regierungen werden versuchen, die Vorlage unter allen Umständen durchzusetzen, da die Steuer zur Deckung der Kosten der neuen Flotten- und der neuen Militärvorlage bestimmt ist und sie nicht nur für das geeignetste, sondern auch für das allein empfehlenswerteste Mittel, die Kosten der neuen Heeres- und Flottenverstärkung zu decken, gehalten werden muß. — Man scheint die Heeres- und Marinevorlage auf diese Art dem Volke schmackhafter machen zu wollen!

Die „Deutsche Tageszeitung“, das Blatt für Kaiser und Reich, bemerkt in einem Leitartikel zu der Sache: „Wollte die Regierung gegenüber dieser Sachlage die Heeres- und Flottenvorlage mit einer Erbschaftsteuer verkoppeln, so würde sie doch ungefähr das unklügste tun, was sich überhaupt nur denken läßt; und sie würde die Wehrmachtsvorlagen vermutlich ernsthaft gefährden.“ — Welche Angst haben die Krautjunker vor der Erbschaftsteuer!

Der Generallieutenant v. Schubert,

der bekanntlich im Wahlkreis Ottweiler-St. Wendel gegen das Zentrum durchgefallen ist, erklärt jetzt ausdrücklich auf verschiedene Anzuspaltungen, daß er die Stichwahlbedingungen der Sozialdemokratie nicht anerkannt habe. Wir bestätigen das ausdrücklich, weil uns liberalerseits der Vorwurf gemacht wird, daß wir den Schubert in der Stichwahl nicht unterstützt haben. Unter diesen Umständen ist unser Verhalten, wie jetzt wohl selbst die Liberalen zugeben werden, gerechtfertigt.

Die Krise im Liberalismus.

Es ist zu erwarten, daß es im Liberalismus, sowohl zwischen den beiden Richtungen, der nationalliberalen und der fortschrittlichen, wie auch innerhalb dieser Richtungen selbst unmittelbar nach den Wahlen zu schwereren inneren Auseinandersetzungen kommen wird. Den nächsten Anlaß dazu werden die Stichwahlgeschäfte geben, die von der nationalliberalen Partei in den verschiedensten Gegenden mit dem schwarzblauen Block geschlossen worden sind, dann aber wird auch die Rebellion einzelner fortschrittlicher Kreisorganisationen gegen die Stichwahlparole der Partei innerhalb des Fortschritts lebhafteste Erörterungen hervorrufen. Auch an Vorchriften der Fortschrittler gegen die Nationalliberalen und der Nationalliberalen gegen die Fortschrittler wird es nicht fehlen. Die Nationalliberalen haben durch ihren Verzicht, sich in Schleswig-Holstein mit den Agrariern zu verbinden, große Aufregung im Freisinnslager hervorgerufen. Umgekehrt sind die Nationalliberalen gegen die Fortschrittler aufgebracht, weil sie bei diesen in manchen Kreisen — so in Hessen und in Anhalt — nicht die erwünschte Unterstützung fanden.

Unter solchen Umständen wird es zweierlei, ob sich die vom Hanabund im stillen aber mit aller Energie betriebene Bildung einer fortschrittlich-nationalliberalen Fraktionsgemeinschaft im Reichstage, die später zur Fusion beider Parteien führen soll, fürs erste verwirklichen lassen wird. Man wird sich erst einmal schlagen, um sich später wieder miteinander zu vertragen.

Außerhalb des liberalen Lagers dürfte die Idee der gesamtliberalen Einigung kaum noch einen Gegner finden. Der Fortschritt ist im allgemeinen für den Nationalliberalismus reif. Innere Kämpfe wird es aber im Liberalismus immer geben, ob er geeinigt oder getrennt marschiert.

Der Liberalismus, als Ganzes genommen, verfügt nach der Sozialdemokratie über die stärkste Wählerzahl und — leider noch immer — über die stärkste Presse. Trotdem bietet er gerade jetzt wieder bei den Wahlen ein Bild hilfloser Zerfahrenheit. Das Parteischiff ist nicht manövrierfähig. Darum können andere Parteien, wie das Zentrum und die Konservativen, den Liberalismus immer noch an Einfluß bei weitem übertreffen.

All diese Fragen und Streitpunkte dürften nach den Wahlen sehr lebhafteste Meinungskämpfe hervorrufen, doch werden sie sich kaum erledigen lassen. Sind sie doch genau so alt wie der Liberalismus selbst. An seinem abschreckenden Beispiel kann die Arbeiterklasse lernen, von welchem ungeheuren Wert eine einheitlich geschlossene Kampforganiation ist, die trotz gelegentlicher Meinungsverschiedenheiten durch Parteidisziplin stets in aktionsfähigem Zustande erhalten wird. Diese Organiation zu stiften und auszubauen ist für die Sozialdemokratie ein Gebot des Tages. Denn je unfähiger sich der deutche bürgerliche Liberalismus zur Lösung seiner eigenen Aufgaben er-

weist, desto besser werden die Ausichten der Sozialdemokratie und desto größer ihre politischen Pflichten.

Rußland.

Die ruhestörende Polizei hat in Riga wieder ihres Amtes gewaltet. Gestern veranstalteten dort anläßlich des Jahrestages des Blutsontags 500 Arbeiter eine Demonstration, die zu einem blutigen Zusammenstoß mit der Polizei führte. Als die Arbeiter mit roten Fahnen in die Stadt ziehen wollten, machte die Polizei von der Schußwaffe Gebrauch, wobei drei Arbeiter schwer und sehr viele verwundet wurden. Die Arbeiter erwiderten die Schüsse der Polizisten und verwundeten einen höheren Polizeioffizier und zwei Schutzleute.

Spanien.

Kleine Ministerkrisis? Canalejas erklärt das Gerücht von dem bevorstehenden Rücktritt des Ministeriums für falsch.

Türkei.

Die Angst vor den Neuwahlen. Nach einer Meldung aus Konstantinopel wird von der Regierung im Hinblick auf die bevorstehenden Kammerwahlen eine Reihe von Maßregeln ins Auge gefaßt, von denen ein für das jetzige Regime günstiger Einfluß auf die Stimmung der Wählererschaft erwartet werden kann. Wie es heißt, ist u. a. der Erlaß einer allgemeinen ausnahmslosen Amnestie für die unter dem früheren Regime verurteilten Personen, die Aufhebung des Belagerungszustandes in Konstantinopel und speziell in den Provinzen der Ertrag derjenigen höheren Beamten, deren Tätigkeit Beschwerden der Bevölkerung hervorgerufen hat, durch geeignete Persönlichkeiten in Aussicht genommen.

Amerika.

Dem Vaterland ist großes Heil widerfahren. Roosevelt erklärt, er werde die Nomination zum Präsidentschaftskandidaten, falls sie ihm angetragen werde, nicht ablehnen. — Es gibt eine große Anzahl von Leuten, die da der Meinung sind, daß Roosevelt, genannt Teddy, sich besser zum Jäger als zum Präsidenten eignet. Teddy allerdings ist anderer Meinung: er hält sich für den größten Staatsmann der Welt.

Die sogenannte Revolution in Ecuador ist nunmehr definitiv beendet. Die kämpfenden Parteien haben die Friedensartikel unterzeichnet.

Der Raubkrieg.

Die Italiener bestreiten ganz entschieden, daß sie am 20. ds. bei Derna Wichte bekommen haben. Sie behaupten, daß seit dem 17. Januar bei Derna kein Kampf stattgefunden habe.

Nach Zeitungsmeldungen aus Rom soll die vom mehreren italienischen Universitätsprofessoren und einer besonderen Kommission mit den 29 türkischen Reiteren der „Manuba“ vorgenommene Prüfung ergeben haben, daß vier derselben tatsächlich Ärzte und die übrigen teils Krankenwärter, teils Verwaltungsbeamte des roten Halbmonds sind. Es heißt, daß eine Depesche des französischen Vizekonuls in Cagliari diese Meldung bestätigt. Man glaubt, die französische Regierung werde unter diesen Umständen von der in Aussicht genommenen Feststellung der Identität der türkischen Reiternden absehen und sie direkt nach Tunis und Sfar befehlen lassen.

Nach einer Meldung der Poste blockieren die Italiener den Hobeidah-Kanjon.

Die Italiener haben sich wieder eines Ubergreifens schuldig gemacht. Der tunesische Regierungsdampfer „Baliseur“, der die tunesische Flotte gehißt hatte, wurde auf der Höhe von Bord-el-Viban, zehn Meilen von der tripolitanischen Grenze entfernt, von italienischen Torpedobooten angehalten, die den Dampfer, zweifellos wegen der Ähnlichkeit des tunesischen mit der türkischen Flagg, für ein türkisches Fahrzeug hielten. Nachdem der Dampfer sich ausgewiesen hatte konnte er seine Route fortsetzen.

Die Republik China.

Der alte Sante, der Kaiserin-Witwe, scheint das Fell zu jucken. Sie hat sich nämlich in einer Unterredung mit Suanichik für die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten erklärt. Suanichik soll der Ansicht beistimmen und den Rat geben, die Mandchans sollten zusammenhalten und die nötigen Mittel zum Kampfe beschaffen, man sollte aber vor Beginn der Feindseligkeiten den Vormarsch der Revolutionäre abwarten. Wie es weiter heißt, will man Suanichik an den Kragen. Er trifft für keinen persönlichen Schutz umfassende militärische Maßnahmen.

Da es den Revolutionären an Mitteln fehlt, den Ende Februar fälligen Sold den Truppen auszuzahlen, hat der republikanische Kriemasminister die Dampfschiffahrtsgesellschaft für chinesische Waren aufgefordert, 10 Millionen Taels zu zahlen, widrigenfalls die Schiffe der Gesellschaft beschlagnahmt und verkauft würden. Die Direktoren der Gesellschaft haben um Aufschub gebeten, um ihre Aktionäre erst betragen zu können.

Sunjatien telegraphierte an Wutingtana, er miktraue den Absichten Suanichikais. Deshalb beabsichtige er die Präsidentschaft zu behalten, bis die Republik China von den Mächten anerkannt sei. Falls Suanichik eine Verbindung mit den Mandchans aufgebe und öffentlich seine Zugehörigkeit zu den Republikanern bekenne, so solle er zum Präsidenten gewählt werden, und er, Sunjatien, werde alsdann zurücktreten.

In der Stadt Kirin sind Aufrufe der Revolutionäre verbreitet worden, in denen zur Empörung aufgerufen wird. Zahlreiche Behauptungen sind vorgenommen worden. Infolge der unsicheren Lage und des Abmarsches des größten Teiles der 23 Divisionen nach dem Süden werden in Kirin und verschiedenen anderen Städten der Provinz vier Bataillone zusammengezogen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 25. Januar.

Achtung, Müller, und Mühlenarbeiter! Wegen Maßregelung eines Kollegen haben 20 Müller und Mühlenarbeiter der Grasmühle S. und J. Brüggens, Hafenstrasse, die Arbeit eingestellt. Zugang ist streng fernzuhalten. Das Streikbureau der Mühlenarbeiter befindet sich im Gewerkschaftshaus, und ist von 9 bis 7 Uhr geöffnet.

Die heutigen Stichwahlresultate werden nach ihrem Eintreffen in den Gaststuben des Gewerkschaftshauses veröffentlicht werden.

Der Bürgerausschuß genehmigte resp. bekräftigte in seiner gestrigen Sitzung folgende Senatsanträge: Nachbewilligung der Überleitung der Baukosten des Waisenhauses für das Rechnungsjahr 1908, 87,85 Mk. Gewährung einer Beihilfe zu den Kosten der Hafenfähre, 2000 Mk. pro Jahr auf die Dauer von drei Jahren. Entziehung der Geltungsdauer des letzten Nachtrages vom 2. Dezember 1903 zu dem Gesetze vom 27. Mai 1889, betreffend die Einkommensteuer, auf das Rechnungsjahr 1912. Fernere Unterstützung der katholischen Schule, 3000 Mk. jährlich. Genosse Hoff gab zu Protokoll, daß er bei der nach dem Protokoll vom 19. ds. Mts. einstimmig erfolgten Beschlußfassung über die Bewilligung von 5000 Mk. zur Stiftung von Preisen für die von der Nordwestgruppe des Deutschen Luftfahrerverbandes geplante Rundflugveranstaltung (vgl. Protokoll des Bürgerausschusses 1912 Nr. 1, 12) nicht beteiligt gewesen sei, sondern sich vor der Verhandlung dieses Senatsantrages mit Entschuldigend entfernt habe.

Die Budgetkommission des Bürgerausschusses. Zu Mitgliedern der Kommission zur Vorprüfung des demnächst zu erwartenden Entwurfes zum Voranschlage über die Einnahmen und Ausgaben der freien Hansestadt Lübeck für das Rechnungsjahr 1912 wurden gewählt: Dimpfer, Dr. jur. G. Meyer, G. Reimpell, Behn, P. Schenck, Hoff, von Schack. Ersatzmänner: Dr. Weida, Hinkeldey, Dr. med. J. Meyer.

Der zweigleisige Ausbau der Straßenbahnlinie Lübeck-Israelsdorf beschäftigte gestern den Bürgerausschuß. Die Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanlagen hat dem Senate einen Bericht ihrer Abteilung Straßenbahn vom 4. November 1911, betr. den zweigleisigen Ausbau der Straßenbahn nach Israelsdorf, vorgelegt, mit dem der Senat im allgemeinen sich einverstanden erklären kann. Auch ist er der Ansicht, daß der zweigleisige Ausbau der Bahnlinie, der auch im Interesse einer baldigen Bebauung von Israelsdorf liegt, sobald als möglich erfolgen muß. Der Senat beabsichtigt daher nach Anhörung des Finanzdepartements zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft zu stellen: 1. daß der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanlagen zum zweigleisigen Ausbau der Straßenbahnlinie nach Israelsdorf 125 000 Mark, soweit erforderlich und Rechnungsablage vorbehalten, aus Anleihemitteln zur Verfügung gestellt werden; 2. daß dem liberale Staat, vertreten durch die Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanlagen, auf Grund des Enteignungsgesetzes vom 18. Juli 1898 zum Zwecke des zweigleisigen Ausbaus der Straßenbahn nach Israelsdorf das Recht der Enteignung eines Streifens aus den Vorgärten der Grundstücke Israelsdorfer Allee Nr. 30 a bis 49 verliehen werde. Böbs beantragt, die Vorlage zur Vorprüfung an eine Kommission zu verweisen. Weiter beantragte Dr. J. Meyer: „Der Bürgerausschuß erlucht den Senat, den Bau einer Straßenbahnverbindung zwischen dem Endpunkte der Mariabahn und dem Endpunkte der Straßenbahn in der Hockstraße in Erwägung zu ziehen.“ Der Bürgerausschuß lehnte den Antrag von Böbs ab und beschloß, die Senatsvorlage zur Mitgenehmigung durch die Bürgerschaft zu empfehlen. Das von Dr. Meyer beantragte Ersuchen beschloß der Bürgerausschuß dem Senat entgegenzubringen.

Der Erlaß von Gesetzen über die Beaufsichtigung des Kostfunderwesens und über die gesetzliche Vormundschaft beschäftigte gestern den Bürgerausschuß. Die Gesetzesentwürfe haben folgenden Wortlaut: Gesetz über die Beaufsichtigung des Kostfunderwesens, § 1. Bis zur Vollendung des achten Lebensjahres unterstehen eheliche Kinder, welche gegen Entgelt in Kost und Pflege gegeben sind, und alle uneheliche Kinder der Aufsicht des vom Stadt- und Landamte mit der Beaufsichtigung des Kostfunderwesens beauftragten Beamten. Ausgenommen sind eheliche Kinder, welche bei Personen, die mit ihnen verwandt oder verschwägert sind, oder bei ihren Vormündern gegen Entgelt in Kost und Pflege stehen. § 2. Über die Ausführung der Aufsicht bestimmt der Senat. § 3. Dieses Gesetz findet keine Anwendung auf Kinder, welche auf Kosten des Ortsarmenverbandes oder des Landarmenverbandes Lübeck von der Armenbehörde an die Abteilung für Kinderpflege überwiesen sind. § 4. Dieses Gesetz tritt am 1. April 1912 in Kraft. Gesetz über die gesetzliche Vormundschaft, § 1. Für die bevorzogene Minderjährige haben vor den nach § 1766 des Bürgerlichen Gesetzbuches berufenen Personen die Rechte und Pflichten eines Vormundes a. der von der Armenbehörde beauftragte Beamte der Armenverwaltung für die auf Kosten des Ortsarmenverbandes oder des Landarmenverbandes Lübeck an die Abteilung für Kinderpflege überwiesenen Minderjährigen, welche unter der Aufsicht des Beamten in einer von ihm ausgewählten Familie oder Anstalt erzogen oder verpflegt werden; b. der vom Stadt- und Landamte mit der Beaufsichtigung des Kostfunderwesens beauftragte Beamte für die Minderjährigen, welche unter seiner Aufsicht in einer von ihm ausgewählten Familie oder Anstalt erzogen oder verpflegt werden. Dies gilt für uneheliche Minderjährige auch dann, wenn sie unter der Aufsicht eines der bezeichneten Beamten in der mütterlichen Familie erzogen oder verpflegt werden. § 2. Der in § 1 bezeichnete Beamte (Vormund) behält die Rechte und Pflichten eines Vormundes auch nach der Beendigung der Erziehung oder der Verpflegung bis zur Volljährigkeit des Minderjährigen. An die Stelle des vom Stadt- und Landamte beauftragten Beamten tritt mit dem Eintritte der in § 1 unter a bestimmten Voraussetzungen der von der Armenbehörde beauftragte Beamte. § 3. Neben dem Vormunde wird ein Gegenvormund nicht bestellt. Dem Gegenvormunde stehen die nach § 1852 des Bürgerlichen Gesetzbuches zulässigen Befreiungen zu. § 4. Dem Vormundschaftsamt bleibt es unbenommen, anstatt des Vormundes einen anderen Vormund zu bestellen. Der Gegenvormund kann die ihm nach diesem Gesetze zustehenden Rechte und Pflichten jederzeit durch eine Erklärung gegenüber dem Vormundschaftsgerichte ganz oder teilweise aufgeben. Er hat in diesem Falle dem Vormundschaftsgerichte Rechnung zu legen und Schlußbericht zu erstatten. § 5. Verlegt der Vormund die ihm obliegenden Pflichten, so haftet den Beteiligten der Staat an seiner Stelle; er hat, wenn die Pflichtverletzung auf Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit beruht, dem Staate in dem Umfange, in welchem dieser für den entstandenen Schaden verantwortlich ist, Ersatz zu leisten. § 6. Für nicht zu bevormundende Minder-

jährige der in § 1 bezeichneten Arten sind die daselbst genannten Beamten (Pfleger (Vormund)), sofern das Vormundschaftsgericht eine Pflegschaft zur Sorge für die Person der Minderjährigen angeordnet hat. Die Vorschriften der §§ 2 bis 6 finden entsprechende Anwendung. § 7. Dieses Gesetz tritt am 1. April 1912 in Kraft. Vormünder und Pfleger zur Sorge für die Person solcher Minderjährigen, welche von dem vom Stadt- und Landamte mit der Beaufsichtigung des Kostfunderwesens beauftragten Beamten zu beaufsichtigen sind, bleiben nach dem Inkrafttreten des Gesetzes im Amte, bis ihr Amt nach den Vorschriften der §§ 1885 bis 1889 des Bürgerlichen Gesetzbuches endet. Der Bürgerausschuß erklärte sich gutachtlich für die Mitgenehmigung der vorstehenden beiden Gesetzesentwürfe durch die Bürgerschaft.

Ein „ironisches Aber“ schreibt das Amtsblatt seine Schimpfereien auf den „Lübecker Volksboten“ zu, die mir wiederholt mit der erforderlichen Schärfe zurückgewiesen haben. Fronte und Witz sind aber Dinge, die den „Lübeckischen Anzeiger“ in jeder Beziehung abgeben, und deshalb ist die angebliche „ironische Aber“ nichts als ein Produkt hochgepannter Einbildungskraft, wie sie bei manchen Gecken vorkommen soll. Mit diesem Vergnügen werden die wenigen Leser des Amtsblattes davon Kenntnis genommen haben, daß die „zufällige Taktik“ der Redaktion darin bestehen soll, den eigenen Ausführungen stets die ausfallenden Entgegnungen des „Lübecker Volksboten“ halbzeitig gegenüberzustellen. Auf solche Weise wird doch endlich auch einmal die Gegenseite im Amtsblatt zu Worte kommen, deren Ausführungen man bisher ständig unterdrückte. Ob man wohl mit der von uns gekennzeichneten Inserentenbeschränkung den Anfang machen wird und auch die dazu gehörigen Briefe nicht vergißt? Abwarten! Oder sollten die guten Deutschen am Ende gar zu feige sein, das zu tun? Sie nehmen doch sonst den großen Mund immer so voll.

Als ein Brondmal liberaler Schande wird die vom Amtsblatt mit Wissen und Wollen des Reichsverbandes verübte Beschimpfung eines pensionierten Postbeamten bestehen bleiben, dessen ganzes „Verbrechen“ war, eine andere politische Gesinnung betätigt zu haben, als sie Klein und Konsorten in den Kram paßt. Bisher gaben die Liberalen vor, Freunde des geheimen Wohlrechts zu sein, das allen Staatsbürgern bei der Wahl Gewissensfreiheit gewähren soll. Sie entzückten sich darüber, wenn konservative Landräte oder Gutsherrn von den ihnen unterstehenden Personen verlangten, daß sie auch konservativ wählen sollten. Und als liberale Lehrer gemahnt wurden und schikaniert wurden, da erhoben — mit Recht — die Liberalen lebhaften Protest. Muß man das alles nicht für Heuchelei halten, wenn man sieht, wie schäblich die Liberalen sich oft gegen Leute vorgehen, die eine andere Meinung haben als sie. Das Amtsblatt tut jetzt so, als habe es die Sache „völlig unpersönlich ventiliert“. Es heißt also nicht mehr den Mut, sich zu seinen eigenen Darlegungen zu bekennen. Wir können das verstehen, denn sein erbärmliches Vorgehen wird auch in bürgerlichen Kreisen richtig bewertet, wie uns von den verschiedensten Seiten mitgeteilt wird.

Geradezu kindlich einfältig ist die Frage des Amtsblattes, ob der von ihm geschmähte Oberpostsekretär nun wohl auf seine staatliche Pension verzichten wird. Bezieht denn ein Beamter für seine Gesinnung oder für seine Tätigkeit Pension resp. Gehalt? Und wer sind es, die die Pensionen oder die Gehälter aufbringen müssen? Nicht auch die 4 1/2 Millionen Wähler, die für die Sozialdemokraten gestimmt haben? Wir sind der festen Überzeugung, daß die Mehrzahl der deutschen Beamten charaktervoller ist, als daß sie denken sollten, sie seien politische Geloten, die dem Grundsatze folgen müßten: Was Brot ich esse, des Lied ich singe. Es ist hocherfreulich, wenn ein in Ehren ergrauter, stets pflichtgetreuer Beamter, dem auch der Gegner absolut nichts Unrechtes nachsagen kann, seine Überzeugung hochhält. Die Angriffe, die deswegen gegen ihn erhoben werden, fallen auf ihre Urheber zurück. Wir werden schon dafür sorgen, daß solche Zeichen liberalen Niederganges und Verfalls nicht in Vergessenheit geraten.

Freig ist erfreulicherweise die uns von verschiedenen Seiten zugegangene Meldung, daß der überfahrene Schreiber Ralf seinen Verletzungen erlegen sei. Das Befinden des Schwerverwundeten hatte sich gestern sogar etwas gebessert; heute machte sich allerdings eine neue Amputation notwendig. Hoffentlich bewahrheitet sich auch in diesem Falle die Ansicht, daß Totgesagte in der Regel recht lange leben.

pb. Wer ist der Eigentümer? Auf dem Flur des Hauses Hinter St. Petri Nr. 11 wurde ein mit braunem Vackpapier beklebter hölzerner Karton gefunden, der vermutlich aus einem Diebstahl herrührt und folgende Sachen enthält: ein neues chirurgisches Instrument (Zange) mit weißem Hingriff, ein 17 Zentimeter langes vierkantiges Futtermal aus weißem Celluloid, eine kleine dunkelbraune Zigarettenkiste für 25 kleine Zigaretten, einen Kleiderbügel und eine Kopenhagener Zeitung. Auf dem Deckel des Kartons ist mit Blei der Name: „Koggenmann“ geschrieben und ein grünes Siegel des heiligen Hauptzollamtes geklebt.

Der Verein für Gesundheitspflege veranstaltet für seine Mitglieder und Freunde einen wichtigen hygienischen Belehrungsabend heute, Donnerstag, den 25. Januar, abends 8 1/2 Uhr im Restaurant „Hohenzollern“, Süßtrage. Herr Zahnarzt Rothchild wird über das Thema: „Mundpflege bei Gesunden und Kranken“ referieren, eine Reihe Lichtbilder werden die beachtenswerten Ausführungen unterstützen.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Am Sonnabend gelangt Strauß' Oper „Der Rosenkavalier“ zur noömaligen Aufführung. — Für Sonntag abend ist Mozarts Oper „Die Zauberflöte“ mit der Sopranensängerin von Granfelt als Gast in der Partie der Pamina angelegt. — In Vorbereitung befindet sich die Komödie „Hans Sonnenschein's Höllenfahrt“, ein heiteres Trauerspiel von Paul Apel, M... von Beermann.

Schwarzau. Die Sekretariats findet am 26. Januar, abends von 8 bis 9 Uhr, im Lokale des Herrn Pinkert, „Gasthof Traneeaal“, statt.

Gravesmühlen. Der erste Wahlprotest ist bereits angekündigt worden. Die Liberalen erhoben ihn im 1. mecklenburgischen Wahlkreise, wo der konservative Vauki gewählt wurde, mit der Begründung, daß bei der Wahl zahlreiche Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien.

Roßhof. Konservative Wahlerpressung. Die Parteileitung der Liberalen Mecklenburg in Roßhof erhielt von einem liberalen Wähler vom Gute des mecklenburgisch-schwedischen Ministerpräsidenten, Grafen Passerwitz-Neckow, folgenden Hilferuf, in dem wir gewisse Merkmale, die zur Entdeckung des Schreibers führen könnten, weglassen: „Brüder... Januar 1912. Gehehrt Herr! Ich teile Ihnen mit von der Wahl in Brütem bei Zeterow in Mecklenburg. Der Graf v. Passerwitz hat dort drei Güter und der Oberinspektor hat zu mir gesagt, was ich gewählt habe. Er sagt, wer nicht wählt wie der Herr ist (der

Herr ist konservativ) und ich habe liberal gewählt und der Inspektor, wer nicht konservativ wählt, kriegt zu Ostern den Schein und kann weiter reisen. und ich habe schon mal gewählt, immer liberal gewählt und das soll ich nicht. Ich habe gewählt Gutsbesitzer Dr. Wendorf-Loth und hier sind noch mehr, wo er aus dem Brot will stoßen. Meine Adresse ist... Aber bitte nicht sagen, daß ich habe geschrieben, nicht namhaft machen. Der Inspektor heißt Teed. Bitte eine Antwort bald.“

Aber wie wird der konservative Expreser über freigezwirklichen Terror zu schreien verstehen!

Dobruan. Über den Doppelmarckversuch in Hohen-Miendorf wurden noch folgende Einzelheiten in Erfahrung gebracht: Der Maurer Hale war mit der 28jährigen Tochter des Schafmeisters Sileger, der im 70. Lebensjahre steht, über ein Jahr verlobt gewesen. Diese Verlobung war jedoch Weihnachten von dem alten Steiger aus gewissen Gründen gelöst worden. Hale wollte jedoch von der Lösung des Verlöbnisses nichts wissen, und hat auch mehrere Male versucht, die alten Beziehungen wieder anzuknüpfen. Er wurde aber stets abgewiesen. Noch am Montag soll er auf seinem Rad nach Hohen-Miendorf gekommen sein, und als man ihm abermals die Tür wies, soll er geduldet haben, daß er allein nicht mehr leben könne. Am Montag abend ist Hale noch in Kröpelin in einer Gastwirtschaft in recht fader Stimmung gesehen worden. Nachts ist er dann mit seinem Fahrrad nochmals nach Hohen-Miendorf zurückgekehrt, um blutige Rache zu nehmen. Die Verletzungen der über 60jährigen Mutter und Tochter befanden sich trotz der schweren Verletzungen bei vollem Bewußtsein, doch boten sie einen schrecklichen Anblick. Die Schädeldecke war ihnen eingeschlagen worden, das Gesicht wies Verletzungen auf, außerdem war dem Manne durch einen weiteren Beißhieb das Nasenbein zertrümmert worden. Die Schwerverletzten wurden nach dem Rostocker Krankenhauses übergeführt, aber und über mit geronnenem Blut bedeckt, wurden beide sofort in den Operationsaal gebracht, wo Professoren und Assistenten in Gegenwart des Auditoriums gleich daran gingen, ihnen Hilfe zu bringen. Sie wurden narkotisiert, die Wunden vom Blut gereinigt und die Unterleuchtungen vorgenommen. Der Befund ergab, daß Knochenstücke der Schädeldecke in die Hirnhaut gedrungen waren, ohne diese glücklicherweise zu zerreißen, wodurch eine Verletzung des Gehirns, die zum Tode geführt hätte, vermieden worden ist. Weiden wurde der Schädel aufgemacht, die Knochen splitter wurden aus der Hirnhaut entfernt und ihnen hierauf ein Verband angelegt. Die Verletzungen erwießen sich nicht als so schwer, wie es zuerst den Anschein hatte: wenn keine Komplikationen eintreten, hofft man, Steiger und seine Tochter völlig wieder herzustellen.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. „Die Schlacht bei Liegnitz“, Soldatenpiel in 4 Aufzügen von Paul Harms. Man wollte gestern das Andenken des „alten Frigen“ ehren, dessen 200jähriger Geburtstag auf den 24. Januar 1912 fällt. Das gewählte Stück erwies sich dazu jedoch als wenig geeignet, auch wenn es die Person Friedrichs zum Mittelpunkt hat. Die vier Szenen, die am Beschauer vorüberziehen, sind weder dramatisch belebt, noch geben sie ein irgendwie charakteristisches Bild des genialen Soldatenkönigs. Auch alle anderen Personen sind nur flüchtig hingeworfene Skizzen ohne Saft und Kraft. Das Ganze mutet an wie eine bessere Dilettantenarbeit, bestimmt für eine Kaisergeburtstagsfeier. Der Schluß des Soldatenpiels, das von der Schlacht bei Liegnitz nur wenig ahnen läßt, ist ein ganz schwächlicher Abklatsch von „Wallenstein's Lager“. Die gelungene Wiedergabe des Stückes vermochte nicht über dessen Inhaltlosigkeit hinwegzutäuschen. Aus der Fülle der Mitwirkenden ragte Herr Nowak mit einer sehr achtbaren Leistung als Friedrich II. hervor. Das Interesse für den „alten Frig“ scheint nach dem Besuch des Theaters bei der Festvorstellung zu urteilen, in Lübeck nur gering zu sein.

P. L.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 24. Januar.

Bauern-Butter 1,40-1,45 Mk., Meierei-Butter 1,55-1,60, Hufen 3-3,50 Mk., Enten 4,00-4,50 Mk., Hühner 2,00-2,80 Mk., Küken Stück 2,00-2,80 Mk., Tauben Stück 0,60-0,70 Pf., Gänse Pfd. 0,65-0,75 Mk., Nockens 2 Mk., Schinken Pfd. 0,85-0,95 Mk., Schweinestopf Pfd. 55-60 Pf., Wurst Pfd. 1,20-1,40, Eier Stück 12-13 Pf., Kerne 2 10 Pf., Dorche genüß., Süßwasserfische genüß., Karpfen Pfd. 1,00 Mk., Geräuch. Vach Pfd. 1,00-2,00 Mk., Schlei 1,40-1,60 Mk., Brachsen 50-60 Pf., Hechte Pfd. 70-80 Pf., Barsche Pfd. 60-70 Pf., Aal Pfd. 0,70-0,80 Mk., Karasenfische Pfd. 80 Pf., Gemüse genüß., Blumenkohl d. Kopf 0,30-0,50 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken, 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige Pfd. — Mk., Äpfel, verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd. 70-80 Pf., Kirchen Pfd. — Pf., Kartoffeln neue 10 Pfd. 50-70 Pf., Mand Pfd. — Pf.

Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer i. d. Provinz Schleswig-Holstein

Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes. Hamburg, 24. Januar. 1. Klasse 386 Drittel zu 140,26 Mk. im Durchschnitt. 2. „ „ 135 18 Mk. Unverkauft blieben — Tonnen.

Quittung.

Für den Wahlfonds angen ein: Von einem alten Veteranen bei der Stichwahl in Kleinen... 3.— Mk. Sammelmühe im Gewerkschaftshaus 5,76 „ Das Parteisekretariat.

Für den Reichstagswahlfonds im Fürstentum Lübeck (1. oldenb. Wahlkreis) gingen bei dem Unterzeichneten ein: Zimmerer Stodsdorf, 2. Rate... 10.— Mk.

Bereits gemerkt 744 5/8 Ca. 754,55 Mk.

Der Zentralvorstand der Sox. Partei für das Fürstentum Lübeck.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Vödmig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: J. G. Schwanitz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

14 EXTRA BILLIGE Schuhstage

mit bedeutender Preisermässigung

Auf diverse Artikel bis zu 30%

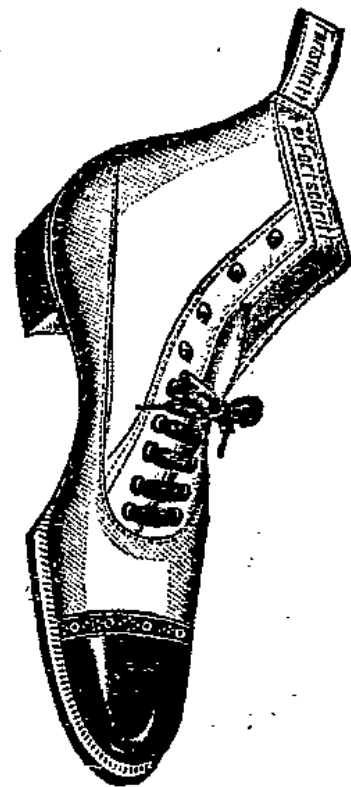
Conrad Tack & Cie.

Schuhwarenfabrik, Burg b. Magdeburg.

Beginn: Freitag, d. 26. Januar. Ende: Donnerstag, d. 8. Februar.

Einige Beispiele:

Herren-Schnür- und Zugstiefel kräftige Berufstiefel sonst 4.50 und 5.50 jetzt	3 ⁹⁰
Herren-Schnürstiefel fein Boxleder oder Chromleder mit Lackkappen sonst 7.50 jetzt	6 ²⁰
Braun Chevreau-Herren-Schnürstiefel mit Lackkappen elegänt sonst 9.50 jetzt	6 ⁹⁰
Herren- echt Boxkalf-Schnürstiefel modern und solid sonst 10.90 jetzt	9 ⁴⁰
„Orig. Goodyear-Welt“-Herren-Schnürstiefel ff. Chevreau, Lackkappen, hochmodern . . . sonst 16.50 jetzt	11 ⁹⁰
„Condor“-Patent-Herren-Schnürstiefel ohne zu schnüren, D. R.-P. 174209 . . . sonst 16.50 jetzt	11 ⁹⁰



Unsere Schuhwaren sind in Lübeck aufgestempelten Preisen nur zu

Einige Beispiele:

Damen-Schnürstiefel fein Boxleder oder Chromleder mit Lack- kappen sonst 6.50, jetzt	5 ²⁰
Braun Chevreau-Damen-Schnürstiefel elegante Form sonst 8.50, jetzt	5 ⁹⁰
Damen- echt Boxcalf-Schnürstiefel Serie I sonst 9.20, jetzt 7.40. Serie II sonst 7.90 jetzt	6 ⁴⁰
„Orig. Goodyear-Welt“-Damen-Schnürstiefel la. Boxcalf, sonst 12.50, jetzt	8 ⁴⁰
Damen-Leder-Spangenschuhe äußerst dauerhaft und bequem jetzt nur 3.75 und	2 ²⁰

Bedeutend unter Preis: Schultiefel — Kindertiefelchen, Filz-, Leder- und Kamelhaarschuhe, sowie Gummischuhe.

zu den von uns festgesetzten und beziehen durch die Firma:

Conrad Tack & Cie.

Achten Sie gefl. genau auf unsere Firma!

Lübeck: Breite Straße 47. Telephon 2586.

G. m. b. H.

Zür Zahnleidende!

Schmerzloses Einsetzen künstl. Zähne ohne Herausnahme der Wurzeln unter Garantie der Brauchbarkeit beim Essen.

Teilzahlung gestattet.
Marcks, Breite Straße 56
v. 10-1 u. 4-6 Uhr.

Hasenfelle,
Kanin, Fuchs, Iltis, Marder etc.
Pferdehaare,
Mähnen, Kuhschweifhaare
kauft zu höchsten Preisen
J. L. Würzburg, Wahnstr. 22a.

Mastentofftüme

für Damen und Herren in großer Auswahl empfiehlt

H. Vitense, Johannisst. 47, I.

Mastentofftüme

für Herren und Damen in großer Auswahl zu vermieten.

G. Will, Wahnstraße 34, I.

Visitkarten

— ff. Effenbeinkarten —
100 Stück von Mk. 1.— an
Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.
Johannisstraße 46.

Die Krankenpflege im Hause

als neunzehntes Heft der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek in 10 Bänden erschienen. Ein unentbehrlicher Ratgeber für jede Familie, da über Behandlung der Kranken im allgemeinen, Einrichtung der Krankenstube, Hilfeleistung, Lagerung und Reinhaltung des Kranken etc. wichtige Rathschläge gegeben sind.
Preis 20 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.



Knorr-Hafermehl

hat sich als Kindernahrung vortrefflich bewährt; gegenwärtig werden etwa 400000 Kinder täglich damit ernährt.

Die Arbeiter-Garderoben aus dem Spezial-Geschäft von Lübeck **Otto Albers** Kobl. Markt 4 10 sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. n. a.:
Lederhosen . . . 2.20—6.45
Maurerhosen . . . 2.60—6.75
Schlöfferhosen . . . 1.88—5.25
Überziehhosen . . . 1.08—2.35
Zwirn-Hosen . . . 1.68—3.25
leinene Jacken, schräge u. gerade, 1.28, Rajen, Hemden, Schlachterjacken, Freizeurjacken, Maleremäntel erstaunlich billig. Mägen von 30 Pf. bis 1.88 Mk. Rote Suberam.

Hasenfelle, Kanin, Iltis, Otter, Marder, Fuchs etc. sowie Pferdehaare
kauft zu höchsten Tagespreisen
D. Wagner, Goldsteinstraße 8.

Wegen Einführung neuer Artikel verkaufe von heute ab:

Herren-Schnürstiefel
pr. Kindboq. statt 9.25 mit **7.90**
Herren-Schnürstiefel
Boxcalf . statt 12.50 mit **9.75**
Herren-Schnürstiefel
Rahmenarb. statt 14.50 m. **10.75**
Knaben-Schultiefel
Kindleder, stark
Größe 27—30 31—35 36—39
Mk. **3.90 4.50 5.60**
ohne Rabatt.
Sämtliche andere Artikel für jeden annehmbaren Preis.

Heinr. Beckmann
Reiferstraße 3.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl. Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Freitag, dem 26. Januar
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstrasse 50-52
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom 4. Quartal 1911.
3. Wahl der Generalversammlungsvorsteher.
4. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Achtung Maurer!

Mitglieder-Versammlung
der Zentral-Krankenkasse
„Grundstein“
am Freitag, 26. Januar
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1911
und Jahresabrechnung.
2. Vorstands- und Wotwahl.
3. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Freie Jugend Lübecks.

Wegen anderweitiger Inanspruchnahme unserer Räumlichkeiten muß Sonntag unsere Veranstaltung ausfallen.
Bei schönem trockenem Wetter findet ein Ausflug statt. Sammeln 2 1/2 Uhr an der Burgtorbrücke.
Der Jugendausflug.

Sägl. frische Händchermwaren
n. v.
Heinrichstr. Nr. 6
Verkauf auf der Diele

UNIVERSUM.

Heute von 8 bis 12 Uhr:

Das lustige
Heinr.-Kainberg-Ensemble.
Entree 20 Pfg.

Nach der Vorstellung: Kabarett.

Hansatheater

Dir.: Reinh. Gollbach.
Tel. 610. 8 1/2 Uhr. Tel. 610.
Sonntag, den 28. Januar:
Unwiderprüflich letzte Vorstellung von

Um ein Weib.

Größtes Ausstattungsstück, was je gesehen wurde, in 7 Bildern.
Vorher:

Campini
Die alte Weibermühle.
Carlo Leoni
Das sprech. Panoptikum.
Levators
m. sein. dress. Wolfhunden.
The Snymons
Elite-Quintetten.

Neues Stadttheater.

Freitag, 26. Januar. 7 Uhr.
Voll-Ab. 110. Freitag-Ab. 19.
Gewöhnliche Opern-Preise!

Lohengrin.

Große Oper von R. Wagner.
„Elsa“ Fel. von Granfelt a. G.
Sonntag, 27. Januar. 7 1/2 Uhr.
Voll-Ab. 111. Außer Sonnab.-Ab.
Fest-Vorstellung zur
Feier des Geburtstages Sr. Maj.
Kaiser Wilhelm II.
bei festlich erleuchtetem Hause.

Der Rosenkavalier.

Oper von Richard Strauß.

Deutschland als Weltmacht.

Die politische Inventur des deutschen Volkes ist beendet, es gilt jetzt, mit den erzielten Ergebnissen fruchtbar zu wirtschaften. Zur rechten Zeit kommt dazu noch der Handelsabluß Deutschlands. Wenn die politischen Resultate der Abrechnung eines fünfjährigen „Geschäfts“-jahres zeigen, daß das Volk seine Geschicke anders gelenkt haben will als es bis dato geschah, der wirtschaftliche Handelsabluß ist der Beweis dafür, daß der Weltfrieden die sicherste und einzige Kulturgewähr bietet.

Welche Bedeutung hat die deutsche Weltmachtstellung auf wirtschaftlichem Gebiete im Jahre 1911 erlangt? Die folgende Zusammenstellung gibt uns kurze und bündige Antwort darauf. Beachtet man dabei werten, daß es sich um die Ziffern des eigentlichen Spezialhandels dreht; die Warendurchfuhr ist, als nicht für Produktion oder Konsumtion, sondern nur für den Handel von Bedeutung, dabei außer acht gelassen.

Der deutsche Spezialhandel betrug in

	Einfuhr	Ausfuhr
1906	3021,9 Mill. Mk.	6359,0 Mill. Mk.
1907	8746,7 " "	6345,2 " "
1908	7664,0 " "	6398,6 " "
1909	8526,9 " "	6594,2 " "
1910	8994,1 " "	7474,7 " "
1911	9544,8 " "	8101,8 " "

Deutschlands Welthandel ist also von 14,4 Milliarden Mark Wert im Jahre 1906 auf 17,6 Milliarden Mark im Jahre 1911 gestiegen. Das sind die Früchte des Weltfriedens, das sind die wirklichen Sicherungen der Kultur, nicht Maschinengewehre und Unterseeboote! Unser mächtiger Nachbarstaat Großbritannien konnte für 1911 eine Welthandelsbilanz von 24,7 Milliarden Mark aufzeichnen.

Interessant ist zu prüfen, welche Warengruppen innerhalb der letztvergangenen Jahre in Aus- oder Einfuhr die stärksten Entwicklungen durchgemacht haben. Die nachfolgende kleine Zusammenstellung gibt darüber Auskunft.

Der Wert des Außenhandels betrug in den Warengruppen

in Millionen Mark

Warengruppe	1911	Einfuhr	1910	1909
Erzeugnisse der Landwirtschaft, Nahrungsmittel und Genussmittel	6457,8	5950,9	5725,1	
Mineralische Rohstoffe	847,6	811,6	785,7	
Chemische Erzeugnisse	338,7	334,0	305,1	
Spinnstoffe und Waren daraus	804,7	811,2	786,4	
Leder und Lederwaren	153,4	151,2	143,9	
Uedle Metalle und Waren daraus	504,8	470,3	409,3	
Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse, Fahrzeuge	114,7	96,6	101,4	

Warengruppe	1911	Ausfuhr	1910	1909
Erzeugnisse der Landwirtschaft, Nahrungsmittel und Genussmittel	1421,1	1379,0	1216,6	
Mineralische Rohstoffe	642,6	563,1	527,3	
Chemische Erzeugnisse	752,8	696,6	612,2	

Warengruppe	1911	1910	1909
Spinnstoffe und Waren daraus	1405,2	1335,7	1194,7
Leder und Lederwaren	426,8	440,6	390,9
Uedle Metalle und Waren daraus	1434,8	1229,6	1038,0
Maschinen, elektrotechnische Fahrzeuge	920,9	814,3	692,8

Besonders wichtig erscheint bei diesen Zahlen diejenige der Nahrungsmittel, weist sie doch aus, daß nicht nur die Einfuhr solcher Produkte, sondern gerade auch die Ausfuhr von Nahrungsmitteln jeder Art riesig gestiegen ist. Gegenüber diesen Tatsachen werden die lächerlichen Phrasen des Bundes der Landwirte, von der Notwendigkeit der „Eigenversorgung“ mit Nahrungsmitteln zu dummen Redensarten zur Überfüllung denkschwacher Leute, Metall- und Maschinen-, auch Elektroindustrie sind immer mehr zu Arbeitsgebieten für den Weltmarkt geworden, daselbe trifft für die deutsche Textilindustrie zu.

Alles in allem: Der deutsche Welthandel ist ein Beweis für die wirtschaftliche Tüchtigkeit, und ist der einzig notwendige Beweis für die Weltmachtstellung Deutschlands! Alles andere, was uns immer und immer wieder gerade während der Wahlen vorgegaukelt worden ist von Erbfeinden und großen feindlichen Panzerflotten, von Deutschlands nachteiliger Weltpolitik und ähnliches — alles, alles wird zu Schall und Rauch gegenüber der gewaltigen Tatsache, daß das deutsche Volk mit den Völkern aller anderen Staaten der Erde durch einen Warenhandel im Werte von rund 17,6 Milliarden Mark verbunden ist.

Byzanz oder Demokratie?

Aus Konstantinopel wird uns geschrieben:

In dem Augenblick, wo ich diese Zeilen niederschreibe, hält das türkische Parlament seine letzte Sitzung vor der Auflösung ab. Glorreich war der Anfang dieser ersten Legislaturperiode des durch die Revolution geborenen Parlaments, nämlich ihr Ende. Bedeutet das den Bankrott des Parlamentarismus in der Türkei? Durchaus nicht, es bedeutet nur den Schiffbruch der herrschenden Elemente der alten Türkei, die das Parlament gebrauchen wollten, um ihre alte Herrschaft neu aufzurichten.

Denn mit Abdulkamid war bloß die Person gestürzt und nicht einmal das System, vor allem jene sozialen Elemente nicht, auf die sich das System stützte. Das zeigte sich sowohl in der Tätigkeit des Parlaments wie in dem Auftreten der Regierung und in dem Schlufkonflikt, der beide auseinanderdrücken ließ und die Schöpfer dieses Parlaments zu dessen Totengräbern machte.

Nach seiner Zusammenfassung bestand dieses erste Parlament in der Hauptsache aus Gutsherrn, Beamten und Geistlichen und einer Beimischung von Advokaten und Kaufleuten. Das war durchaus natürlich, denn die türkische Revolution kam ja nicht, wie in Rußland, von unten und die Volksmassen mußten erst zur politischen Betätigung erzogen werden. Die herrschenden Elemente waren die ersten am Platze, um ihre Interessen unter dem neuen Regime wahrzunehmen, und sie bildeten dieses erste Parlament. — Zunächst stand das Parlament im Banne der revolutionären Minorität des „Komitees“. Aber das „Komitee“ zeigte durch seine Tätigkeit nach der Revolu-

tion, daß es selbst Fleisch vom Fleische und Blut vom Blute dieser herrschenden Elemente sei.

Es suchte, sich gerade auf diese herrschenden sozialen Schichten zu stützen, sich dem sozialen Milieu des Parlaments anzupassen. Und es entfernte sich zielbewußt von den Volksmassen.

So gerinnungsig auch die Organisationen des „Komitees“ vor der Revolution waren, so hatten sie doch einige Fühler mit Arbeitern und Handwerkern und einige ihrer Mitglieder unterstützten die Schaffung von Handwerkerorganisationen. Das hörte mit der Revolution auf. Die Handwerkerorganisationen wurden vernachlässigt, die Komiteeleute entfernten sich immer mehr vom werktätigen Volke und nahmen schließlich den Arbeitern gegenüber eine direkt feindliche Stellung ein. Wenn auch die Gesetze, die das Streikrecht der Arbeiter der öffentlichen Betriebe einchränkten, unter dem Druck der Großmächte votiert wurden, so ist doch der Polizeikampf, der gegen die Arbeitergewerkschaften und gegen die sozialistischen Organisationen geführt wird, der eigenen Initiative des „Komitees“ zuzuschreiben.

Das „Komitee“ war überhaupt bestrebt, sich nicht als revolutionäre, sondern als staatserkhaltende Kraft zu entfallen.

Getreu dieser Taktik suchte es auch in der auswärtigen Politik Anschluß nicht an die Völker, sondern an die herrschenden Elemente. Sie erlebten die Genugung, daß die türkische Revolution nicht nur salonfähig, sondern selbst hoffähig wurde. Das Land aber hat das schwer büßen müssen.

Sie suchten Freundschaft mit der Hochfinanz, und die Hochfinanz verlangte, daß sie ihr ihr Vaterland verkaufen.

Sie suchten Freundschaft mit den Regierungen und die Regierungen verlangten, daß sie ihnen ihr Vaterland verraten.

Indessen je mehr der revolutionäre Nimbus des „Komitees“ schwand, desto mehr wagten sich im Parlament einzelne Interessengruppen hervor. Der Kampf um die Macht, um die periodische Ausnützung der politischen Stellung, um die Teilung der Beute, der alle politischen Vertretungen charakterisiert, wenn sie sich aus Leuten zusammensetzen, die an eine bevorzugte soziale Stellung, an Macht und Reichtum gewöhnt sind, griff immer mehr um sich.

Da einige unter den Komitee-Leuten auch persönlich zeigten, daß sie es wohl verstehen, Rang und Stellung zu erreichen und den politischen Einfluß geschäftlich auszunützen, so saßen die Aiten die Jungen einfach als Emporkömmlinge auf, die sich in ihre Reihen drängten. Unter diesen Umständen war sowohl ein Paktieren mit den Jungen wie oder auch ein Widerstand ihnen gegenüber unmöglich. Die Aiten begannen sich zu regen; ja, sie traten jetzt selbst als Junge auf, lernten die parlamentarischen Waffen zu gebrauchen und machten Opposition zum — Schutze des Parlamentarismus, im Interesse ihres eigenen Emporkommens.

So entstand ein wahrer Chaos von Interessenkämpfen, Intrigen, Beutejägeret, ein persönliches Ringen und Würgen, wobei kein Mittel unbenützt blieb, inklusive Mord und Landesverrat — kurz, die alte Byzanz lebte unter dem parlamentarischen Regime wieder auf.

Aber wenn auch der Parlamentarismus diese Entwicklung nicht hat verhindern können, so führt er doch

Familie Schöler.

Originalroman von Arthur Zapp.

(2. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Herr Otto Schöler, Inhaber der Firma G. O. Schöler, war ein einfacher, schlauer Mann und liebte Brant und geräuschvolle Feiern nicht. Aber als Vater einer erwachsenen Tochter und als Gatte einer Frau, die nach gesellschaftlichen Erfolgen dürstete und in dem Verkehr mit vornehmen Leuten die höchste Befriedigung ihres Ehrgeizes fand, mußte er ein Opfer bringen. Im übrigen war auch er nicht von menschlichen Schwächen ganz frei, und es lag auch für ihn etwas Berausendes und Erhebendes in dem Gedanken, daß er, der vor nun beinahe dreißig Jahren als einfacher Handwerkermeister mit einem Gesellen und einem Lehrling sich etabliert hatte, heute den Kasinoball besuchte und mit den vornehmsten Leuten der Stadt in gesellschaftlichen Verkehr trat. Aus kleinsten Anfängen hatte er sich durch eigene Kraft und Tüchtigkeit zum Fabrikherrn emporgearbeitet, und die Erzeugnisse seines großen Betriebes waren in ganz Deutschland, ja sogar im Ausland verbreitet. Seine Spezialität war die Anfertigung von Kunstschloßern. Er hatte einige Patente auf seinen Kunstvollen und sehr gefällig aussehenden Fabrikaten, und in seiner Firma waren über 50 Angestellte tätig. Seine unermüdlische Ausdauer und seine Arbeitslust hatten ihn in Verbindung mit einer natürlichen Intelligenz seine Erfolge erringen lassen, und mit Hilfe dieser Eigenschaften war es ihm auch gelungen, im Laufe der Jahre die Lücken seiner Bildung auszufüllen.

Daß sein einziger Sohn keine Neigung für den Kaufmannstand hatte, war für ihn eine große Enttäuschung gewesen. Aber er besaß Gerechtigkeitsinn und Billigkeitsgefühl genug, um nicht durch Aufzwingung seines Willens das Lebensglück seines Kindes auf das Spiel zu setzen. Darum hatte er nach anfänglichem Widerstande doch nachgegeben, als ihm Paul nach Ablegung des Abiturientenexamens erklärte, daß er zu keinem Beruf eine so große Lust besäße, wie zum Offizierberuf. Merkwürdig, wie der Junge auf diese Idee hatte kommen können, da er doch im väterlichen Hause nicht die geringste Anregung dazu erhalten hatte. Aber der Gang zu dem Brantvollen, Vornehmen, gesellschaftlich Höheren mußte ihm wohl von der Mutter her im Blut fließen. Frau Schöler war die Tochter eines höheren Staatsbeamten, der es bis zum Rechnungsrat im Ministerium gebracht hatte. Wenn sie auch niemals zu bereuen gehabt hatte, dem tüchtigen Manne ihre Hand gereicht zu

haben, durch den sie in ungeahnte glänzende Verhältnisse gekommen war, so empfand sie es doch immer wie eine Entbehrung, daß sie gar keinen Titel besaß und nur immer einfach „Frau Schöler“ hieß. Kein Wunder, daß Paul bei ihr den stärksten Rückhalt gefunden, als er zum erstenmal schüchtern den Wunsch äußerte, Offizier zu werden. Ihre leicht erregbare weibliche Phantasie fühlte sich sofort aufs lebhafteste angeregt von der Perspektive, die sich vor ihr auftat.

„Mein Sohn, der Leutnant!“ Wie gut das schon klang! Mehr noch beseligte sie die Aussicht, ja, die Gewißheit, daß ihr, der Mutter eines Offiziers, endlich das heißersehnte Hinaufsteigen in eine höhere gesellschaftliche Sphäre gelingen müßte. Auf ihre Intention war es auch geschieden, daß Paul, der seinerzeit als Fahnenjunker in ein an der westlichen Grenze garnisonierendes Regiment hatte eintreten müssen, vor ein paar Monaten seine Verlegung in das in seiner Vaterstadt garnisonierende Infanterieregiment nachgesucht und auch glücklich erreicht hatte.

Und nun stand sie vor dem größten gesellschaftlichen Triumphe, den selbst ihre kühne Phantasie in früheren Jahren nie zu erträumen gewagt, und der sicherlich nun einen glänzenden Abschnitt ihres Lebens einleitete; zum erstenmal besuchte sie den Kasinoball, auf dem sich das Offizierskorps mit dem hohen Beamtentum der Stadt und dem Landadel der Umgegend vereinigte. Eine angenehm erregende, stolze Empfindung beherrschte sie, ein Gefühl und unbeschreiblich süßer, stolzer Genugnung, in dem das leise Wangen der Novize, die zum erstenmal in neue, ungewohnte Verhältnisse kommt, fast ganz verschwand. Ja, sie lächelte mitleidig und gutmütig spottend über die „entsetzliche Angst“, mit der Selene, nach ihrem eigenen Geständnis, dem großen Ereignis entgegen sah. Das zwanzigjährige junge Mädchen, das mehr den bescheidenen, anspruchslosen Sinn ihres Vaters geerbt zu haben schien, befand sich in der Tat in einem fieberglühenden Zustand. Die Wangen glühten ihr, die Zähne schlugen ihr wie im Fieberfrost zusammen, und das Herz pochte zum Zerplatzen. Ihre Hände zitterten ihr so heftig, daß sie nicht instand war, sich selbst ihre Handschuhe zuzuknöpfen, und immer erkundigte sie sich mit lallender Zunge während der Fahrt nach dem Kasino bei ihrem Bruder, ob die Frau Oberst eine sehr stolze Dame sei, ob sie ihr wohl vorgestellt werden würde, und wie sie zu ihr sagen sollte: gnädige Frau oder Frau Oberst?

Auch Herrn Schöler war gar nicht wohl zumute. Bei allem Bewußtsein seines Wertes bangte ihm doch vor dem Moment, da er in einen für ihn ganz neuen Kreis von Menschen treten würde, die andere Anschauungen, Gewohn-

heiten und Interessen hatten, als er, und die ganz anderen Verhältnisse erträumten. Am liebsten wäre er der Aufregung und dem Trubel, dem Zwange, die ihm der Abend bringen mußte, aus dem Wege gegangen, wenn es sich nur irgend hätte tun lassen ohne Schädigung der berechtigten Wünsche und Interessen der Seinigen.

Aber den Anfang kam man leicht hinweg. Einige der jungen Kameraden Pauls, die mit der Familie des Fabrikbesizers schon bekannt geworden waren, eilten den Eintretenden entgegen und begrüßten sie auf das liebenswürdigste. Die beiden Damen wurden zu guten Plätzen geleitet, und Selene's Tanzkarte bedeckte sich im Nu mit verschiedenen Namen.

Und nun kam der große Moment. Paul faßte seinen Vater unter den Arm.

„Papa, komm, ich will Dich dem Herrn Oberst vorstellen.“

Der Fabrikbesitzer war erstaunt, wie ungezwungen und behaglich der Oberst mit ihm plauderte, gar nicht, als wenn je eine große soziale Kluft zwischen dem aus dem Handwerkerstande hervorgegangenen Mann und dem geborenen Aristokraten bestanden hätte. Zuerst sagte ihm Oberst Freiherr von Lütgenau ein paar Liebenswürdigkeiten.

„Ich freue mich, den Vater eines meiner strebsamsten jungen Offiziere kennen zu lernen, einen der angesehensten Industriellen unserer Stadt.“

Dann lud ihn der Oberst ein, neben ihm Platz zu nehmen, und seine Äußerungen, die er in einer fast gemühtlichen Weise tat, enthielten so viel Artigkeiten und so viel Schmeicheleien, daß es dem etwas befangenen und steif dahinsitzenden Fabrikbesitzer ganz warm dabei wurde.

„So einen großen industriellen Betrieb zu leiten, das muß doch etwas Schönes, Erhebendes sein. Die Erzeugnisse seiner Arbeit so in alle Welt hinauszusenden als Zeichen deutscher Tüchtigkeit, deutscher Intelligenz und deutschen Fleißes und so dem deutschen Namen auch im Auslande Anerkennung und Ehre zu verschaffen, das muß doch ein sehr stolzes Bewußtsein sein.“ — Sie kommandieren wohl über ein ganzes Regiment von Arbeitern, Herr Schöler?“

„Es ist wohl höchstens eine Kompanie, Herr Oberst.“

„So, so! Na, mit der Zeit werden Sie ja doch wohl auch zum Regimentskommandeur avancieren. Ihre trefflichen Fabrikate erobern sich doch gewiß immer größere Abgabengebiete, und so müssen Sie doch wohl auch Ihren Betrieb beständig erweitern?“

Selbst über sie hinaus. Die wilden Kämpfe kleiner Gruppen lassen keine einzelne dieser Gruppen auf die Dauer an der Macht festhalten. Die Gruppe, die an der Macht ist, vereinigt schließlich alle anderen gegen sich. Das ist es, was jetzt in der Türkei geschehen ist, woraus sich der Bruch zwischen der Regierung und dem Parlament erklärt. Sodann aber spielen sich alle diese Interessenkämpfe im Parlament vor den Augen des Volkes, in breiter Öffentlichkeit ab, sie diskreditieren die Parteien und erwecken den Protest der Volksmassen, wobei die jedesmalige Opposition eifrig bemüht ist, diesen Protest durch ihre Organisation möglichst zu verschärfen und zu verallgemeinern. Und diese unmittelbare Wirkung des Parlaments, d. h. daß das Parlament die Politik der herrschenden Elemente den Volksmassen offenbart, sie war der zweite und ausschlaggebende Grund für die Auflösung des türkischen Parlaments.

Ich brauche meinen Lesern nicht erst auseinanderzusetzen, daß die Rettung allein in der politischen Beteiligung der Volksmassen liegt.

Bzgang oder Demokratie — so steht das Problem vor der Türkei.

Bzgang bedeutet aber für die Türkei zugleich den Untergang.

Parvus.

Der Kampf des Zentrums für die christliche Moral und Kultur.

Immer mehr häufen sich die Nachrichten, daß das Zentrum als Vertreterin der katholischen Ethik bei den Hauptwahlen in der rohesten Weise gewüthet hat. Seine durch Pfarrer und Kapläne aufgelegte stupide Anhängerschaft hat in vielen hochkatholischen Gegenden die sozialdemokratischen Stimmzettel zur höheren Ehre des Klerikalismus geradezu brutal mißhandelt. Zu den schon mitgetheilten verchiedenen „Fällen“ liefert unser Düsseldorf-er Parteiblatt einen neuen Beitrag. Ein Genosse, der am 12. Januar in Griethausen (Regierungsbezirk Düsseldorf) sozialdemokratische Stimmzettel verteilte, schildert seine Erlebnisse auf dieser Station der Zentrumskultur folgendermaßen:

„In der Schankwirtschaft des Herrn Dsw. Big, wo sich auch das Wahllokale befindet, stellte ich mich am 12. Januar, vormittags 11 Uhr auf und verteilte Stimmzettel an die sich in das Wahllokale begebenden Personen. Die Wähler, welche es an böswilligen Redensarten und Schimpereien nicht fehlen ließen, rissen die Zettel vor meinen Augen entzwei. Um 1 Uhr verbot mir der Wirt, welcher auch Stimmzettelverteiler der Zentrums-partei war, auf Anweisung des Wahlvorstandes das Lokal mit den Worten: „Wir haben keine Zettel von Euch nötig, hier wird nur Zentrum gewählt!“ Alsdann stellte ich mich vor die Tür. Jetzt sammelte sich die gesamte Schulpugend nebst Frauen und Bauern des Dorfes vor dem Lokale an. Schimpfworte wie „Roter Lump“, „Sozi“ warf man mir an den Kopf. Als man mich mit dem Geiselpfeife und Geisole nicht vertreiben konnte, fing man an, mich mit Kot, Steinen und dergleichen zu werfen und übergieß mich mit Wasser. Aber auch jetzt hielt ich noch aus. Einen Schutzmann, welcher vorbeikam, bat ich um Schutz und erwiderte ihm, die aufgeregte Menge zu zerstreuen. Aber der Schutzmann erklärte mir: „Mit so was kommen Sie hier nicht durch, gehen Sie lieber dahin, woher Sie gekommen sind!“ Der Schutzmann setzte sich auf sein Fahrrad und fuhr davon. — Nachdem die Menge sah, daß der Schutzmann nicht einschritt, johlte und lärmte sie wie eine Indianertruppe. Es hagelte Steinwürfe und dergleichen. Aus der Menge wurden Rufe laut, wie der Herr Pastor hat gesagt: „Treibt die roten Sozis aus dem Dorfe heraus!“ und „Warte nur, wenn es dunkel wird, schlagen wir dich tot!“ usw.

Um 1/26 Uhr, als es anfang dunkel zu werden, wurde die Bande handgemein. Ich flüchtete zurück in den Hausflur. Nun kümmerte die Menge mit Knüttel bewaffnet herein und drängte mich weiter zurück bis in das Lokal.

Man schrie dabei fortgesetzt: „Heraus mit dem roten Lump. Wir schlagen ihm die Knochen kaputt!“ — Meinen Bitten nachkommend, ließ mich die Wirtin zu Hintertür hinaus. Aber kaum betrat ich die Straße, so strömten auch schon die Bauern herbei. Nun ging eine Hege los auf Tod oder Leben! Etwa zwanzig Mann, mit Knütteln, Mistgabeln und dergleichen bewaffnet, stürmten im Laufschritt 40 bis 50 Schritte hinter mir her. So ging es dahin über die menschenleere Landstraße dem Dorfe Kellen zu. Ungefähr zehn Minuten dauerte die Jagd. Schweiß-triefend und todmüde konnte ich mich noch weiter schleppen und mußte dabei unwillkürlich über „christliche Erziehung“ und „katholische Religionslehre“ nachdenken.“

Ein nettes Beispiel für den kulturellen Einfluß des Klerikalismus auf die Zentrumsgesellschaft. „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.“

Ein Pfarrer über die Sozialdemokratie.

„Es kommt nicht von ungefähr, daß gerade eine Reihe evangelischer Theologen zu den Sozialdemokraten gegangen ist. Und das sind nicht die schlechtesten. Sogar einer unserer allerbesten ging zu ihnen, es war der Mann, der seinen Gott in seiner Seele nicht niederkämpfen konnte. Auch ein anderer unserer tapfersten ist beinahe zu ihnen gegangen: Naumann. Aber vor der Tür machte er die „Dreh“. Ist nicht Christus selbst der größte und erste Sozialist gewesen? In der Sozialdemokratie steckt ein solch hoher kultureller Wert, daß es schon eine schwere Beleidigung der Sozialdemokraten wäre, wollte man sie in dieser Hinsicht etwa mit dem Zentrum vergleichen. Da gibt es absolut nichts Gemeinsames. Sie haben auch Religion in ihrer Weise. Auch sie sind bestrebt, ihren Kindern ein gutes Beispiel zu geben. Auch sie wollen ihren Kindern eine Mutter geben, die ihre Kinder gut christlich erzieht. Sehen Sie also, wir sind gar nicht so weit voneinander entfernt. Was uns trennt, ist der von der Pfäfferei zum Zerbrochen gemachte infame konfessionelle Fanatismus. Die Konfessionen sind eine künstlich geschaffene Lage der Religion. Was diese Zerissenheit geleistet zum Schaden der Menschheit, geht über jede Beschreibung.“

Der evangelische Pfarrer Richard in einer sozialdemokratischen Versammlung in Saarbrücken am Donnerstags, den 18. Januar 1912.

Konservative Wahlarbeit.

Der infame Terrorismus der Konservativen im Osten ist aus tausend Schilderungen nur allzu bekannt. Die Wahl in Neuendorf, Wahlkreis Stolp-Lauenburg, lieferte neue Beiträge zu dem Kapitel „Wie Konservative siegen“. Unsere Zettelverteiler wurden mißhandelt und fortgeschickt. Dann verteilte unser Kandidat, Gen. Sickfeld, selbst Zettel. Er wurde von den konservativen Agitatoren in gemeinster Weise angepöbelt und sein Ersuchen an den Wahlvorstand, doch wenigstens im Wahllokal Ordnung zu schaffen, war vergebens, obgleich der Gemeindevorsteher und Polizeichef selbst im Wahlvorstand sah.

lernt, und als habe es ihm alle Freie und Kraft geraubt. Der Referendar trug das Haar ganz kurz geschoren; sein rechtes Augenlid balancierte mit viel Kunst ein großes Glas ohne Fassung und Schmir. Seine Bewegungen waren lässig, seine Stimme klang schleppend und tonlos, als koste es ihm eine große Anstrengung zu sprechen. Seine Eitrin und seine linke Wange zierten ein paar lange, dicke Schmissen.

Sogleich, nachdem er Helene vorgestellt worden war, versicherte er, daß er nicht die Absicht habe, sich auf der Lanzarte des gnädigen Fräuleins zu verewigen, denn er perhorreszierte das Tanzen als eine unerhörte Anstrengung. Er begriffe nicht, wie irgend jemand ein Vergnügen darin finden könne, seinen Schwerkzeugen ein so ungeheuerlich wildes Tempo zuzumuten und überdies Lunge und Herz aller Hygiene zum Hohn aufs leichtsinnigste zu strapazieren. Er wollte nur nicht unterlassen, der Schwester seines guten Freundes, des Leutnants Schöler, gebührend seine Reverenz zu erwiesen.

Helene quittierte diese merkwürdige Art, sich einzuführen, mit einem höflichen Nicken des Kopfes und knüpfte daran die etwas molante Bemerkung, sie begreife nicht, warum der Herr Referendar bei solchen Anschauungen überhaupt Bälle bejudet.

Da suchte Herr von Voltenhagen mit den Schultern und entgegenete mit seinem bläueren, müden Blick: „Ja, gnädiges Fräulein, der Mensch ist eben ein Perdentier. Wie soll ich meinen Abend verbringen, wenn alle meine Bekannten den Ball besuchen? Soll ich mich allein ins Wirtshaus hinter meine Flasche setzen? Ich schätze mich wirklich nicht so hoch, daß ich gern einen Abend allein in meiner Gesellschaft verbringen möchte. Das würde eine trübselige Unterhaltung abgeben allem mit mir. Es gibt wirklich interessantere, unterhaltendere Menschen, als ich es bin. Auch wenn ich selbst nicht tanze, finde ich doch, daß etwas Stimulierendes, die Lebensgeister Anregendes in diesen Gesellschaftsbällen liegt. Nie vergehen mir die Stunden so schnell, und nie schmeckt mir eine Flasche Sekt so gut, wie auf solch einem Ball. Es liegt etwas Verauschendes, Faszinierendes, Betäubendes in alledem; in diesem wirbeligen Treiben kommt man gar nicht zum Bewußtsein seiner selbst. Und das ist das Höchste.“

Helene mußte im stillen lächeln über diese Erklärung. Der Referendar kam ihr seltsam, originell vor, aber sein Wesen heimelte sie nicht an, sondern es floß ihr eher Befremden und Antipathie ein.

Auch die Schwester des Referendars, Fräulein Erna von Voltenhagen, erschien ihr wenig sympathisch. Die junge

Schließlich wurde unser Genosse von einer heimtückischen Horde „Staatserhaltender“ in eine Ecke gedrängt, und dann durch Tritte so erbärmlich mißhandelt, daß schließlich eine Anzahl Genossen herbeieilen mußten, um dem sozialdemokratischen Kandidaten ungehinderten Abzug verschaffen zu können. So siegen die Stützen von Thron, Altar, Sitte und Autorität. Schwarz-weiß-rote Rowdies.

Im Wahlkreise Stendal-Osterburg hat bei der Stichwahl am Montag der Konservativ Hoesch über den bisherigen Mandatsinhaber, den national-liberalen Reaktionsführer Fuhrmann den Sieg davongetragen, eine Folge der von den Sozialdemokraten geübten Stimmenthaltung. Die Konservativen hatten aber trotz der sozialdemokratischen Parole bis zum letzten Augenblick wenig Hoffnung auf ihren Sieg. Darum haben sie wohl auch in ihrem letzten Flugblatt die sächsischen Wähler mit dem Boykott bedroht, wenn sie sich nicht der konservativen Kandidatur freundlicher gegenüberstellen.

Den Schluß des Flugblattes bildet eine Bemerkung, daß „die zahlreichen Unterschriften zu dieser Erklärung zur Einsicht auslägen.“ Als einige Mitglieder von der nationalliberalen Parteileitung in die Liste Einsicht nehmen wollten, erhielten sie zur Antwort, daß die Liste an die Berliner Zentralstelle der Konservativen weitergegeben worden sei.

Wenn die Konservativen wieder einmal über sozialdemokratischen Terrorismus greifen, wird man ihnen auch diesen Fall in die Erinnerung zurückrufen können.

Zu dem sozialdemokratischen Kandidaten für Stendal-Osterburg war ein Mann, der sich als „Müller aus der Altmark“ und konservativer Parteigänger vorstellte, gekommen, um unsere Genossen zu bewegen, für die Stichwahl den sozialdemokratischen Wählern Stimmenthaltung zu empfehlen. Es käme ihm auf 1000 Wk. nicht an, sagte er hinzu. Jetzt setzt der konservative Kandidat Hoesch — inzwischen ist er Abgeordneter geworden — eine Belohnung von 1000 Wk. demjenigen aus, der ihm diesen Herrn „Müller aus der Altmark“ nachweist. Niemand habe die Sozialdemokraten bewegen wollen, für Hoesch zu stimmen. Das ist einmal etwas ganz anderes als Herr „Müller aus der Altmark“ wollte, und zum andern werden die Konservativen schon vorfichtig genug gewesen sein, um dem vorzubeugen, daß ihnen der offizielle Versuch des Kaufs sozialdemokratischer Stimmen nachgewiesen werden könnte.

Aus der Partei.

Beleidigung des sächsischen Kriegsministeriums und eines Obersten. Am 26. September v. J. brachte die „Leipziger Volkszeitung“ eine Notiz, wonach der Oberstleutnant v. Bodenhausen zum Obersten des Manenregiments in Ostschas befördert sei. Dieses Regiment sei wegen schrecklicher Soldatenmißhandlungen in ganz Deutschland bekannt geworden, und im Reichstage sollte über die Beförderung ein Wortlein geredet werden. Es stellte sich aber heraus, daß hier ein Irrtum unterlaufen sei, da Oberst v. Bodenhausen von Borna nach Ostschas versetzt war. Die „Leipziger Volkszeitung“ berichtete daher ihren Irrtum, aber sowohl der Kriegsminister als auch der Oberst stellten Strafantrag wegen Beleidigung. Der verantwortliche Redakteur Gen. Müller wurde daher zu 400 Wk. Geldstrafe verurteilt.

Drei Opfer des Sozialistengesetzes. Vor 25 Jahren, am 22. Januar 1887, sind drei von Polizisten beobachtete und verfolgte Parteigenossen Robert Rau, Paul Densel und Otto Bachmann in Berlin bei der Flugblattverbreitung verunglückt, sie wollten den Weg abkürzen über einen zugefrorenen Kanal, das Eis brach und sie ertranken. Die Toten liegen auf dem Berliner St.-Paulus-Kirchhof. Am Montag morgen waren die Gräber der drei Genossen mit prächtigen Kränzen geschmückt. Das sollte unzulässig sein, wie der Kirchhofverwalter behauptete, der Kirchenrat des St.-Paulus-Kirchhofes in der Seefstraße dulde es nicht. Eine Kommission des Kirchenrats war am selben Tage auf dem Kirchhofe, zufällig, wie behauptet wird, und sah die geschmückten Gräber. Man nahm Anstoß an den roten Schleifen; diese wurden zusammengerollt und unter dem Grün möglichst verdeckt. Als die Witwen der Verstor-

„Das ist allerdings das Bestreben eines jeden Geschäftsmannes.“

„Na, sehen Sie! überhaupt, wissen Sie, Herr Schöler, daß sich da mancherlei Vergleich finden lassen zwischen Ihrem Beruf und dem meinigen? Sie erobern mit friedlichen Waffen die Welt, wir mit kriegerischen. Sie haben ebenso wie wir Offiziere eine Anzahl von Leuten unter Ihrem Kommando, die nach Ihren Anordnungen und Befehlen ihren Beruf ausüben. Ohne eine strenge, gewissermaßen militärische Disziplin werden auch Sie in Ihrem großen Berufe nicht auskommen. Jeder einzelne Ihrer Angestellten muß sich im Interesse des Ganzen bestimmten Vorschriften unterwerfen. Was bei uns die Kriegsarbeit ist bei Ihnen gewissermaßen die — na, wie nennen Sie's doch — die Fabrikordnung, nicht wahr?“

Auch Frau Schöler erlebte indes Erfreuliches. Beglückendes. Auch zu ihr kam Paul, beherzt vor Eifer, gefürzt. Mama, Helene — die Frau Oberst und Frau Major von Voltenhagen möchten Euch kennen lernen.“

Die Frau Oberst war zwar etwas förmlicher, als der Oberst und sagte auch der Frau Fabrikbesitzer nicht so viel Schmeicheles. Für Frau Schöler aber lag schon in der bloßen Tatsache, daß sie neben den beiden Offiziersdamen saß und mit ihnen auf gleichem freundschaftlichen Fuß verkehrte, so viel Verauschendes, daß ihr geheimes Entzücken die stille, frohe Genugtuung ihres Gartens um mehrere Grade übertraf.

Helene wurde dem Kreise der älteren Damen sehr bald einführte. Immer einer nach dem andern der Herren vom Regiment ließ sich ihr vorstellen, um einen Tanz von ihr zu begehren oder wenigstens ein bißchen mit ihr zu plaudern. Keiner von den jüngeren oder älteren Leuten machte einen sonderlichen Eindruck auf sie. Alle trugen dieselbe Kleidung, fast alle dieselbe Haarfrisur und hatten dieselben Manieren und dieselbe Art, sich zu verbiegen, und auch ihre Haltung hatte etwas Uniformes.

Sie und wieder wußte sich ein einfacher Grad unter die strahlenden, blühenden Uniformen. Aber auch von den Herren in Zivil erregte keiner ihr besonderes Interesse. Auch sie liebte lediglich dieselben Phrasen hören und drechselten dieselben nicht-lagenden Artigkeiten.

Nur eines der Jüngherren nach von den andern etwas ab, aber seine Eigenheiten empfand das junge Mädchen nichts weniger als angenehm. Der Herr — er war ihr als Referendar von Voltenhagen vorangeschickt worden — schien nicht älter als sechs- oder siebenundzwanzig Jahre, aber es lag etwas so Bläueres, Bläues in seinem Wesen, als hätte er das Leben bereits in allen seinen Nichtigkeiten kennen ge-

Dame hatte wohl schon ihr 24. Lebensjahr hinter sich, dennoch er schien der erstaut Beobachtenden dieses sichere, unbefangene, selbstbewusste Auftreten bei einer doch immerhin noch jungen Dame als etwas so Erstaunliches und Auffallendes, daß sie nicht wußte, ob sie es bewundern oder aber unnatürlich und unpassend finden sollte. In ihrem Benehmen gegen die Herren hatte sie etwas Herausforderndes, fast Herrisches, das dem stillen, jungen Mädchen, das bisher wenig große Gesellschaften mitgemacht hatte und noch wenig gewöhnt war im gesellschaftlichen Verkehr, ganz ungeheuerlich vorkam. Sie sprang besonders mit den jungen Offizieren so ungeniert um und schlug sie unter fast kameradschaftlichen Ton mit ihnen an, als wäre sie unter den Angehörigen des andern Geschlechts groß geworden und nicht unter jungen Mädchen. Sie kommandierte mit ihnen herum, als stände sie etwa auf dem Gzerzierplatz und hätte eine Abteilung Rekruten vor sich.

Herr von Schierleht, besorgen Sie mir doch rasch ein Glas Selterwasser — ich verstimme.“

Herr Schrader, bitte meinen Fächer — dort auf dem Stuhle habe ich ihn liegen lassen.“

Na, Herr von Hartwig, Sie schonen sich heute wieder einmal ganz riesig. Haben Sie schon mit Fräulein Wenzel getanzt? — Noch nicht? Dann bitte! Aber beeilen Sie sich, der Walzer ist gleich zu Ende.“

Und obgleich sie eigentlich nicht schön, kaum hübsch war, hatte sie immer einen Schwarm von Verehrern um sich, die sich beeilten, ihr Kavalleriedienste zu erweisen, mit ihr zu plaudern und sie zum Tanz aufzufordern. In ihrem Wesen mußte etwas liegen, das die Herren anzog. War es ihr blühendes, dunkles Auge, war es ihr lebhaftes, sicheres, überlegenes Wesen, ihre kameradschaftliche, etwas barsche Art, oder war es lediglich der Rang ihres Vaters? Major von Voltenhagen war nach dem Oberst, der keine Kinder hatte, und nach dem Oberstleutnant vom Stabe, der Junggeselle war, der älteste Stabsoffizier im Regiment.

Helene Schöler sah mit Verwunderung und einem uneingestandenen Gefühl der Mißbilligung, wie ihr Bruder Paul sich unter denen befand, die der koketten jungen Dame am lebhaftesten huldigten. Freilich, Erna von Voltenhagen konnte auch sehr liebenswürdig sein, ja es lag etwas Verfrickendes in ihrem Wesen, wenn sie mit ihrem gewinnenden Lächeln und ihren verbindlichen Mienen Artigkeiten sagte und Aufmerksamkeit erwiebs. Als Paul seine Schwester mit Fräulein von Voltenhagen bekannt gemacht hatte, war diese sogleich mit ausgestreckter Hand an sie herangetreten.

(Fortsetzung folgt.)

benen Kamer, das Grab zu besuchen, wurde ihnen aufgegeben, die Schleifen zu entfernen, widrigenfalls sie fortgenommen würden, weil sie von roter Farbe seien. Auf die Frage an den Kirchhofsvorwarter, ob die Schleifen einen Tag liegen bleiben könnten, wenn sie umflort würden, verlangte er, daß die Witwen ihm erst eine schriftliche Erlaubnis des zuständigen Geistlichen vorlegen. Man hat die Toten im Leben verfolgt und verfolgt sie nach 25 Jahren noch im Grabe. Mit Recht frägt der „Vorwärts“: Ob dem Kirchenrat nicht bewußt ist, wie peinlich ein solches Verhalten wirken und welche Gefühle es auslösen muß? Einen Kranz hatte der Kreis Niederbarnim „Den Opfern des Sozialistengesetzes“ gewidmet. Den zweiten Kranz hatte der Wahlverein des letzten Berliner Kreises niedergelegt, er trug in goldenen Lettern die Widmung:

Der Dienst der Freiheit ist der schwerste Dienst,
Er trägt nicht Geld, nicht Fürkengunst.
Er bringt Verbannung, Hunger, Schmach und Tod,
Und doch ist dieser Dienst der höchste Dienst.

Vom Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend wurde ein Kranz mit folgender Widmung aus einem Gedicht Dehmels niedergelegt:

O rauer, o rauer, mein rauhes Lied!
kein Witwengewimmel! kein Waisengehül!
Nach Opfern schreit der Sturm im Lied,
Doch bald: dann kommt der Frühlingsföhn,
dann schießt in Salme die junge Saat,
der Tag der Auferstehung naht.

Dann schmilzt im Sturm das morsche Eis,
dann wühlt er die Opfer empor vom Grund,
die Helden alle, die niemand weiß;
und jedes Toten vermoderter Mund
wird klaffend nach Rache blecken
und tauend Lebendige wecken.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Arbeitsleistungsklausel in den Tarifverträgen der Steinseger wurde in letzter Zeit von den Unternehmern mehr und mehr verlangt. Dabei steigen die Anforderungen, die die Unternehmer an die Arbeiter stellen, natürlich immer höher, so daß dadurch nicht nur eine gesundheitliche Schädigung der Arbeiter befürchtet werden mußte, sondern auch die von den Auftraggebern an die qualitative Ausführung der Arbeit gestellten Anforderungen konnten nicht erfüllt werden. Dabei hätten wiederum die Arbeiter den größten Schaden gehabt, weil die Gefahr heraufbeschworen würde, daß das Steinsegergewerbe vor seinen Konkurrenten dann um so leichter verdrängt wird. Da weiter verschiedene Mitglieder der Unternehmerorganisation sich bei ihrem Vorgehen darauf beriefen, daß sie auf Weisung ihres Zentralvorstandes so handeln, so sah sich der Vorstand des Steinsegerverbandes genötigt, der Frage grundsätzlich näher zu treten und sie namentlich daraufhin zu prüfen, wie ein solches Vorgehen der Unternehmer auf das Gesamtgewerbe einwirken müsse. Der Vorstand der Arbeiterorganisation kam zu dem Entschluß, in einer umfassenden Denkschrift die Wirkung der Arbeitsleistungsklausel nach allen Seiten hin, auch vom Standpunkt des Unternehmers, klarzulegen. Vor der Drucklegung wandte sich dann der Zentralvorstand der Steinseger an den der Unternehmerorganisation mit dem Vorschlag, in einer gemeinsamen Ansprache die Frage zu behandeln, um so vielleicht zu erzielen, daß die Unternehmer auf ihre Ansprüche verzichten, besonders wenn nachgewiesen werden könnte, daß auch sie den erhofften Vorteil von der Arbeitsleistungsklausel nicht haben würden. Die Ansprache hat dann stattgefunden. Nachdem die Vertreter der Arbeiter ihre Ansichten mündlich dargelegt hatten, erklärte der Vorsitzende des Unternehmer-Verbandes, daß der Unternehmerverband eine allgemeine Parole für die Arbeitsleistungsklausel nicht ausgegeben habe. Er fügte jedoch hinzu, daß auch er die vom Zentralvorstand der Unternehmer vorgetragenen Gründe dagegen als „zum Teil berechtigt“ ansehen müsse. Es ließ sich deshalb sehr wohl darüber reden, ob sich den berechtigten Interessen der Unternehmer an einer den normalen Ansprüchen genügenden Gegenleistung nicht auch in anderer Weise Rechnung tragen ließe. Dem wurde von den Arbeitervertretern grundsätzlich nicht widersprochen, allerdings auch hinzugefügt, daß daran ernstlich erst gedacht werden könne, wenn für das Steinsegergewerbe erst einmal ein wirklich soziales Tarifsystem vorhanden sein würde, was bis heute nicht der Fall ist.

Tarifabschluss in der sächsischen Steinindustrie. Die Sandsteinwerke im Königreich Sachsen haben einen schönen Erfolg errungen. Sie konnten einen Normaltarif zum Abschluß bringen, der für etwa 1000 Steinwerke gültig sein wird. Es fanden etwa 20 Sitzungen mit Vertretern beider Parteien statt. Die Vorlage der Unternehmer wurde in vielen Punkten umgestaltet, um dem Tarif eine Form zu geben, daß er von den Arbeitern angenommen werden konnte. Die Ortszuschläge betragen für Dresden-Wirna 20 Proz., für Leipzig 15 Proz., für Chemnitz, Rietsch, Blauen und Zwickau 8 Proz. Die Unternehmer mußten den Steinmeßern ein großes Entgegenkommen zeigen, sonst wäre im letzten Augenblick der Tarif noch gescheitert. Einige Unternehmer wollten nämlich mehrere Lohnreduktionen einschmuggeln, was ihnen aber vorbeigelang. Für das Schärpen der Werkzeuge wird den Steinmeßern 1 Proz. vom verdienten Lohne vergütet. Unter allen Umständen wollten die Steinmeßmermeister an der dreijährigen Tarifdauer festhalten. Dieser Vorschlag wurde von den Arbeitervertretern in bestimmtester Form abgelehnt, man einigte sich auf eine Tarifdauer von 2 Jahren. Der Abschluß des Normaltarifs dürfte insbesondere für die Steinmeßmer im Maintal und im Maulbronner Gebiet von großem Interesse sein.

Die Tarifabschlüsse in der Sattler- und Portefeulleur-Industrie im Jahre 1911. Die Tarifbewegung war im letzten Jahre besonders lebhaft. Es wurden inhaltlich bedeutende Tarife für große Berufsgruppen abgeschlossen, unter denen der Dreistädte-Tarif Berlin-Offenbach-Stuttgart in der Lederwarenindustrie an erster Stelle steht. Am 1. Januar 1911 bestanden 52 Tarife für 481 Betriebe mit 7867 Personen. Im Laufe des Jahres schieden 17 Verträge für 507 Betriebe mit 6242 Personen durch Kündigung und durch Anschluß an andere Verträge aus. Der Verband schloß im Jahre 1911 auf neue 31 Tarife für 516 Betriebe mit insgesamt 10 003 Personen ab. Als neu abgeschlossen sind 19 Tarife für 68 Betriebe mit 619 Beschäftigten zu verzeichnen und bereits vorhandene Tarife wurden in 12 Fällen für 454 Betriebe mit 9384 Personen erneuert. Das Gros der im Vorjahre abgeschlossenen Tarife, nämlich 29 für 511 Betriebe mit 9901 Beschäftigten, wird durch friedliche Verhandlung abgeschlossen, und nur zwei Tarife mit 102 Personen sind durch Streik zustande gekommen. Der Stand der Tarifverträge am 1. Januar 1912 betrug 66, es sind dadurch in 690 Betrieben mit 11 628 Personen die Arbeits- und Lohnbedingungen tariflich geregelt. Von den einzelnen Sparten dieses Gewerbes stehen mit den Tarifabschlüssen die Lederwarenarbeiter in der Reizeffekten- und Portefeulleurindustrie mit 18 Verträgen, die 9622 Personen umfassen, im Vordergrund; denen folgen die Gruppen der Wagen- und

Autosattler und die Metallreifeffektenarbeiter mit noch größeren Ziffern. Die anderen Spezialgruppen sind nur in geringer Anzahl tariflich erfasst. Die Mitgliederzahl der Organisation betrug am 1. Januar 1912 ca. 18 600, davon stehen 8089, also fast $\frac{2}{3}$ in einem tariflich geregelten Arbeitsverhältnis.

Wieder eine „christliche“ Verleumdung festgenommen. Der Redakteur der „Christlichen Metallarbeiter-Zeitung“, Herr Krause, hatte in seiner Zeitung die schon wiederholt gerichtsfällig als unwahr bezeichnete Behauptung aufgestellt, daß mit Wissen und Willen des Genossen Sachse, des Vorsitzenden des Bergarbeiter-Verbandes, jenes vielfach besprochene 80 000-Mk.-Flugblatt gegen Herrn Brutt, herausgegeben worden sei. Vor Gericht tritt, konnte Herr Krause natürlich nichts, auch rein garnichts als Beweis anführen. Der Verleumder wurde vom Amtsgericht Duisburg zu 100 Mk. Geldstrafe und den Kosten verurteilt. Die gegen das Urteil eingelegte Berufung ist kürzlich zurückgezogen und das Urteil rechtskräftig gemorden. Krause muß nun lt. Gerichtsbescheid das Urteil in seiner „Metallarbeiter-Zeitung“ zum Abdruck bringen.

Wid gewordenen Scharfmacher. Die Wit über den Sieg des Kandidaten des wertvollen Volkes hat den Direktor der Erzebergischen Holzindustrie in Brand bei Freiberg, einen Herrn Fink, zu folgendem Achtungsversuch organisierter Arbeiter veranlaßt. Er versandte an seine Unternehmerkollegen folgendes bezeichnende Schriftstück:

Streng vertraulich! Brand, den 18. 1. 1912.
Wir halten es im Interesse unserer Branche für unsere Pflicht, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß wir genötigt waren, am 18. 1. 12 13 Stuhlbauer aus unserm Betriebe zu entlassen und uns somit von Elementen zu befreien, die weder ihrem Arbeitgeber noch ihren Kollegen zu Ruh und Frommen dienen.

Nachstehende Zeilen sollen Ihnen Aufklärung über die Sachlage geben.

Am 11. d. M. verlangten in den Nachmittagsstunden 13 Stuhlarbeiter für den Tag der Wahlklausur Befreiung von der Arbeit, um der Sozialdemokratie Schlepperdienste leisten zu können. Durch Verlängerung der Mittagszeit gaben wir unserer Arbeiterchaft genügend Gelegenheit, ihrer Wahlpflicht zu genügen und verweilerten daher den verlangten Urlaub mit dem Hinweis, daß wir von unserm Rechte eventuell Gebrauch machen würden, sofern die Arbeit am Wahltage nicht aufgenommen würde. Diese Leute hielten es doch für notwendiger, ihre Funktionen bei ihrer Gesinnungspartei zu versehen, als sich die Stellung zu erhalten.

Wir möchten Sie nun in Ihrem eigenen Interesse bitten, diesen Leuten, deren Namen wir nachstehend geben, die Arbeit in Ihrem Betriebe zu versagen, da diese Leute im allgemeinen eine heftige und wühlerrische Tätigkeit in unserm Orte seit langer Zeit intensiv betreiben.

Nur wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer Hand in Hand arbeiten, wird ein Wachsen und Gedeihen möglich sein und so geben wir der Hoffnung Ausdruck, daß Sie unserer Bitte entsprechen.

Mit Hochachtung
Erzebergische Holzindustrie A.-G. Brand bei Freiberg.
Fink, Direktor.

Dieser infame Mißbrauch des Unternehmerterrorismus wird den Zweck verfehlen, den der Direktor davon erhofft. Er zeigt aber, wie gewisse Unternehmer sich anmaßen, ihre Arbeiter auch politisch zu knechten, und ist ein Beispiel dafür, wie terrorisiert und andere an freiwilliger Arbeit hindert.

Hätten die Geächteten anstatt für den sozialdemokratischen für den bürgerlichen Kandidaten Schlepperdienste geleistet, wären sie nicht nur nicht entlassen, sondern auch noch belohnt worden. So werden sie erst entlassen und dann noch mittels schwarzer Listen verfeimt.

Die Kollegen der Gemäßigten haben das Vorgehen der Firma selbstverständlich nicht ruhig hingenommen, sondern ihrerseits gekündigt. Das gab der Firma Gelegenheit, einen weiteren „streng vertraulichen“ Urteilsbrief herauszugeben. Dieses Dokument, welches für die Beurteilung der Charaktereigenschaften der mißgeordneten Scharfmacher recht bezeichnend ist, sieht so aus:

Streng vertraulich!
Brand, 20. Januar 1912.
B. B.

Im Anschluß an unser Rundschreiben vom 18. d. M. machen wir Ihnen die Mitteilung, daß heute 18 Stuhlbauer, deren Namen wir Ihnen endstehend angeben, gezwungen durch ihre Organisation, gekündigt haben und somit in vierzehn Tagen ihr Arbeitsverhältnis bei uns auflösen.

Wir möchten Sie nun auch mit heutigem bitten, diesen Leuten die Arbeit in Ihrem Betriebe zu verweigern. Sie handeln nur in Ihrem Interesse, denn Sie würden durch Einstellung dieser Leute nur dem Holzarbeiterverband den Rücken für spätere Kämpfe stärken.

Hoffend, daß Sie auch unsern heutigen Zeilen Beachtung schenken und uns in unserer schwierigen Lage unterstützen, begrüßen wir Sie mit bestem
Hochachtung

Erzebergische Holzindustrie A.-G. Brand bei Freiberg.
Fink, Direktor.

Wir glauben gern, daß sich die Firma mit ihrer kleinen Sache in eine schwierige Lage verlegt hat. Und wenn sie für die unzuständigen Mittel, deren sie sich im politischen Kampfe bedient, einen gehörigen Denksatz davonträgt, so ist ihr das aufrichtig zu wünschen.

Den sächsischen Ministern, die im Landtage so wacker gegen den „sozialdemokratischen Terrorismus“ losziehen konnten, wird der Fall auch nicht gekannt werden.

Zuschneidestreik in Mainz. In Mainz sind 44 Konfektionszuschneider ausständig geworden. Die Fabrikanten haben jedem Zuschneider eine Abkürzung von einem Schreiben des Verbandes süddeutscher Kleiderfabrikanten zugefickt. Darin wird mitgeteilt, daß der Verband der Fabrikanten den Verband der Schneider nicht als legitimierte Vertretung der Zuschneider anerkennt und daher die Mainzer Fabrikanten mit dem Verband nicht unterhandeln wollen. Es handelt sich also zunächst um Anerkennung der Organisation. Der erste Grund der Differenzen liegt darin, daß die Zuschneider durch die Organisation Forderungen einreichen ließen, die von den Unternehmern in der oben gekennzeichneten Weise beantwortet werden.

Ein Unternehmerangriff auf Gewerkschaftskassen wurde in Fürth i. B. abgeschlagen. Die Buntpapierfabrik Gebr. Stern (Inhaber Kaufmann) hatte wiederholte Versuche des Fabrikarbeiterverbandes zu Verhandlungen wegen Lohnhöhung und Arbeitszeitverkürzung zurückgewiesen und die Zuschriften des Verbandes uneröffnet zurückgeschickt, worauf die Arbeiter und Arbeiterinnen der Fabrik durch Handzettel zu einer Versammlung eingeladen wurden, die den Streik beschloß. In den Handzetteln befand sich der Passus: „Herr Kaufmann lehnt es ab, berechnete Forderungen seiner Arbeiter entgegenzunehmen.“ Dieser Satz gab dem Unternehmer Anlaß, Zivilklage auf einen Schadenersatz von „vorläufig“ 3000 Mk. zu stellen, weil die angegebene Behauptung unwahr sei; er habe gern

mit seinen Arbeitern einzeln verhandeln wollen, nicht aber mit dem Verband. Wenn der Einberufer Koch, gegen den sich die Klage richtete, diese Tatsache in der Versammlung mitgeteilt hätte, wäre der Streikbeschluß nicht gefaßt worden und die Schädigung unterblieben. Das Gericht ging auf diese keinen Anlaß nicht ein und ließ den Herrn mit seiner Klage abblitzen. Das könnte den Scharfmachern so passen, wenn sie auf solche Weise die Gewerkschaftskassen ausplündern könnten.

Die Schlafräume der Dienstmädchen.

Über die Schlaf- und Aufenthaltsräume, die den Dienstmädchen von den Herrschaften angewiesen werden, hat der Zentralverband der Hausangestellten vor einiger Zeit eine Umfrage veranstaltet, deren Ergebnisse eben in einer kleinen Schrift veröffentlicht worden sind. „Der Hausangestellten Klage“ betitelt sich die Schrift, die auf 20 Seiten die Lage der Dienstmädchen kurz und anschaulich schildert und auf einer Seite eine Illustration bringt, ein Bild aus der Wirklichkeit, das gleichsam einen Beweis für die angeführten Klagen darstellt. Es zeigt ein Dienstmädchen in Leipzig, das bei Tage als Küchenanrichte dient und des Abends aufgekloppt wird, um als Lager für das Dienstmädchen zu dienen. Sehr groß dürfen die Mädchen bei dieser Herrschaft nicht sein, denn die ganze Holzstube ist nur 155 Zentimeter lang und 53 Zentimeter breit. An Lohn bezahlte die „Erdbeere“ ihrem Mädchen 12 Mk. pro Monat.

Von der Umfrage des Zentralverbandes der Hausangestellten wurden 15 Städte erfasst, und von den eingegangenen Fragebogen konnten 914 für die Bearbeitung der Statistik verwandt werden. Eine erhebliche Zahl der Schlaf- und Aufenthaltsräume war nach den gemachten Angaben sehr ungenügend gelegen. Unter den 914 Räumen waren 188 Da ch t ü b e n, 65 lagen im Keller, 24 auf Gängeböden, in 13 Fällen war eine Lagerstätte in der Küche, in 12 Fällen in der Wabestube, in 5 Fällen auf dem Korridor hergerichtet. Im ganzen mußten 257 oder 28 Prozent als sehr mangelhaft bezeichnet werden. In Berlin, wo sich die Kontrolle auf 288 Schlafräume erstreckte, befanden sich 21 auf Gängeböden. — Eine bescheidene Auszubereiterung hatten von den 914 Räumen nur 182. Heizbar waren nur 372, also 542 waren nicht heizbar. 18 Räume hatten überhaupt keine Fenster, in 53 Räumen gingen die Fenster nach Innenräumen, Korridoren usw., also konnten Licht und Luft nur spärlich hineinkommen; 77 Räume waren nicht von innen zu verschließen. In 119 Fällen wurde die Bettwäsche erst nach sechs und mehr Wochen gewechselt.

Zur Beleuchtung der Dienstmädchenverhältnisse werden eine Reihe von Schilderungen aus den Fragebogen mitgeteilt.

Berliner Dienstmädchen klagen zum Beispiel: „Habe ein sehr schlechtes Bett, in der Küche Schwaben, in den Zimmern Wanzen. Meine Sachen muß ich im Keller unterbringen. Zum Ablegen von Sachen und Gegenständen, besonders zum Hinstellen der Lampe, ist nur ein Stuhl vorhanden.“

„Mein Schlafraum ist abstoßend, die Sachen im Schrank werden feucht und schimmelig. Das ganze Loch, in dem ich schlafe, wimmelt voll kleiner, weißer Würmer.“

„Unter Schlafräumen läßt unbedingt zu wünschen übrig. Vom Küchenaufgang ist keine Tür, die andere Seite ist unverschließbar. Die Küchentür nach dem Korridor muß auf jeden Fall offen bleiben, damit die Herrschaft auch des Nachts aus- und eingehen kann. Es wird keine Rücksicht genommen, ob wir schlafen oder nicht. Der ganze Küchendampf zieht nach oben, im Sommer ist es fast zum Ertrinken.“

„Auf dem Gängeboden sind so viele Wanzen, daß man keine Nacht mit Ruhe schlafen kann. Die schmutzigen Wäsche, die hier untergebracht ist, riecht aus dem Korbe und wir sind gezwungen, den ganzen Geruch einzusatmen. Zum 1. Oktober wollte ich ziehen, auf Zureden der Frau blieb ich wieder, da sie so leicht kein neues Mädchen bekommt.“

„Alles hier anzuführen, würde zu weit gehen, aber auf einige wichtige Punkte möchte ich aufmerksam machen. Bei sehr vieler Arbeit recht wenig Essen, läßt die Herrschaft uns eine recht michtachtende Behandlung angedeihen. Fast alle Abende wird bis 12 Uhr gearbeitet, aber zu essen gibt es herzlich wenig, z. B. einen halben sauren Hering zum Abendbrot und zwei Butterstullen. Dann bekommt man wieder 8-14 Tage einen halben Bückling auf zwei Stullen geschmiert. Zu Mittag gab es einmal Knochen, wenig oder gar kein Fleisch. Das wäre auch noch nicht so schlimm, wenn man genügend Gemüse und Kartoffeln bekäme, aber auch das nicht.“

„Ich besitze keinen Schrank. Meine Sachen hängen in allen Ecken, damit man nichts davon sieht, wenn Besuch kommt. Bettstelle und Bett liegen tagsüber im Klosett, abends stelle ich es in der Küche auf. Wenn das Bett aufgestellt ist, habe ich keinen Platz zum Auskleiden, so eng ist alles.“

„Mein Bettgestell ist sehr entwei, ich will lieber auf der Erde schlafen, denn mich schmerzt alle Morgen das Genick.“

Aus Hamburg wird folgendes berichtet: „Das Zimmer ist sehr feucht, meine Kleidung ist teilweise vom Schimmel überzogen und riecht ganz m o d e r i g. Der Fußboden ist so morsch, daß ich schon mit der Bettstelle eingebrochen bin. Das Wasser läuft an den Wänden herunter, aber die Dame behauptet, es sei nicht feucht. Möchte sie freundlichst bitten, sich selbst davon zu überzeugen.“

„Der Fußboden besteht aus Zement. Das Bett steht an der Wand des Kohlenraumes, die bei Tau- und Regenwetter voll Nässe treibt.“

„Da meine Dame Schneiderin ist und ich im Arbeitszimmer schlafe, mußte ich vom 15. bis 24. Dezember, obwohl meine Arbeit um 10 Uhr beendet war, bis 12 Uhr aufbleiben, da so lange gearbeitet wurde.“

„Sonst alles gut, aber nicht genug zu essen. Bekomme alles zugeteilt und werde nicht gefragt, ob ich genügend habe. Aus diesem Grunde verlaße ich die Stellung zum 15. dieses Monats. Seit acht Tagen wird im Hause kein Mittag mehr gekocht. Der Herr ist in der Stadt.“

Die Statistik hat natürlich nur einen kleinen Teil der bestehenden Verhältnisse erfassen können, aber wer mit offenen Augen um sich schaut, der weiß, daß es so oder in ähnlicher Weise aussehau. Jede „besseregestellte“ Hausfrau möchte einen dienstbaren Hausgeist haben, aber die wenigsten kümmern sich um das Wohlbefinden ihrer Hausangestellten. Diese aber können nicht dringend genug ermahnt werden, nicht auf die Güte und Einsicht der Herrschaften zu warten und dadurch eine Besserung der Zustände und Abhilfe ihrer Klagen zu erhoffen, sondern sich vielmehr ihrer Organisation, dem Zentralverband der Hausangestellten anzuschließen und im gemeinsamen Streben mit Leidensgenossinnen und Gleichgesinnten um eine Abstellung der Mißstände im Beruf zu kämpfen.

Aus dem Gerichtssaal.

Die Kandidatur des Reichsverbändlers Professor Dr. Görke bildete den Gegenstand einer Verhandlung, die das Schöffengericht in Brandenburg a. O. beschäftigte. Angeklagt wegen Verleumdung war als verantwortlicher Redakteur unseres dortigen Parteiorgans, der „Brandenburger Zeitung“, Genosse Erich Baron. Die Verleumdung führte Genosse Rechtsanwalt Wolfgang Deine. Es handelte sich um zwei Artikel, die in scharfer Weise die Quertreibereien kennzeichneten, durch die Dr. Görke und seine Freunde seine Reichstagskandidatur zustande gebracht hatten. Durch Zeugenausagen wurde bestätigt, daß auf Grund eines für die ganze Provinz getroffenen Gesamtabkommens zwischen Fortschrittlichen und Nationalliberalen der Kreis Brandenburg-Weithavelland allein den Fortschrittlichen zuwand, und daß Herr Dr. Görke als nationalliberales Parteimitglied sich an diese Abmachungen hätte gebunden fühlen müssen. Görke hielt sich aber unter dem Zutun reichsverbändlerischer Freunde ein Hintertürchen für seine „nationale“ Kandidatur offen, weil er sich angeblich für den aussichtsvollsten Gegner der Sozialdemokratie hielt. In Wirklichkeit hat seine Kandidatur den Sieg unseres Genossen Veus schon in der Hauptwahl natürlich nicht verhindern können. Görke blieb in seiner Stimmenzahl sogar hinter dem auch von den Nationalliberalen offiziell unterstützten Kandidaten der Fortschrittlichen Volkspartei erheblich zurück. Das Gericht stellte sich jedoch auf den Standpunkt des Klägers, daß er nicht gegen Treu und Glauben verstoßen habe und verurteilte den Genossen Baron wegen beleidigender Äußerungen in den beiden Artikeln nach fünfjähriger Verurteilung zu 550 Mark Geldstrafe, billigte ihm aber in der Hauptsache den Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zu. Der Amtsanwalt hatte 1000 Mk. (11) Geldstrafe, eventuell 100 Tage Gefängnis beantragt. Das eigenartige Verlangen des Dr. Görke auf Zahlung einer Waise von 8000 Mark — für die ihm durch die „Brandenburger Zeitung“ verurteilte Mehrarbeit im Wahlkampf sowie etwa für die ihm nun entgangenen Reichstagskandidaturen und für den verlorenen, bei journalistischer Mitarbeit wertvollen Titel M. d. R. — lehnte das Gericht als völlig unbegründet ab. Selbst der wie im Bruhprozess auch hier geladene Kronzeuge Liman aus Leipzig vermochte in dieser Beziehung für Görke nichts herauszuholen. Auch für den Reichsverband war die Verhandlung nicht sehr rühmlich, denn selbst der Reichsverbändler Dr. Görke wollte sich durchaus nicht mit dessen Kampfweise in Flugblättern usw. identifizieren lassen.

Aus Nah und Fern.

Wie in Ostpreußen gewählt wurde. Die bei früheren Wahlen, so haben die konservativen Staatsmänner auch diesmal vor keinem Mittel zurückgeschreckt, um ihre Kandidaten durchzubringen. Unser Königsberger Parteiblatt berichtet nach Mitteilungen der „Hartungischen Zeitung“ aus dem Wahlkreis Königsberg-Land-Niechhausen unter anderem das folgende: Vier und Schnaps. Schinken und Wurst winkten an einer ganzen Anzahl von Orten den Wählern, die teilweise erst mit den nötigen Alkoholmengen ins Wahllokal abgehoben wurden. Besonders elastisch ist ein Vorgang auf dem Gut Pomoranen, der von abolut zuverlässiger Seite folgendermaßen geschildert wird: Die Gutsarbeit wurde dort zu ungewohnter Stunde eingestellt, die Arbeiter wurden in den Stall geführt, dort wurden ihre Taschen kontrolliert, die nichtkonservativen Stimmzettel wurden ihnen abgenommen und dann ganz schicklich in das auf dem Gut selbst befindliche Wahllokal. — Als in Mahusfeld, im Landkreis Adämsberg, eine liberale Versammlung abgehalten werden sollte, ließ der Eigentümer das zur Verfügung gestellte Lokal ab, indem dem Hauseigentümer 30 Mk. versprochen und andernfalls eine Erhöhung der Steuerbesteuer und alle möglichen anderen Nachteile in Aussicht gestellt wurden. Der zukünftige Amtsvorsteher von Rammen stellte dem Hauseigentümer bis 150 Mk. Geldstrafe in Aussicht, da die Versammlung nicht stattfinden dürfe, weil sie nicht angemeldet sei. Eine Anmeldepflicht bestand aber nicht mehr, da der Termin der Reichstagswahlen längst festgelegt war. — Aus dem Kreise Jüterburg-Gumbinnen wird dem freisinnigen Blatt geschrieben: Farrer Henkes in Memmersdorf geht von Haus zu Haus, nimmt den Leuten die liberalen Stimmzettel ab und gibt ihnen solche, die auf den Namen des konservativen Kandidaten Brandes lauten. Die Heiligen und die Mütter haben also wieder in schönster Eintracht zusammengearbeitet, um im Namen des Christentums nachher dem Boite wieder Brot und Fleisch verteilen zu können. Hoffentlich wird dieser Gesellschaft jetzt etwas der Zaum angelegt.

Freisinniger Postkoffer. Aus Frankfurt a. M. wird uns berichtet: Zu Beginn der Diensttagssitzung der Stadtverordnetenversammlung gab es einen tragikomischen Zwischenfall. Von einem ungenannten Freund unserer

Partei waren den drei Stadtverordneten Böhme, Hittmann und Quard, die bekanntlich bei den Stichwahlen Mandate errungen haben, Straüße mit roten Nelken auf den Platz gelegt worden. Der Präsident der Stadtverordneten, der freisinnige Justizrat Friedleben ließ nun durch den Saalbediener dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion mitteilen, es sei nicht üblich, in solcher demonstrativer Weise Wahlstiege zu feiern. Die ganze freisinnig-demokratische Fraktion schloß sich dieser Ansicht an und weigerte sich, den Saal zu betreten, ehe nicht die roten Blumen entfernt seien! Erst nach halbstündiger Beratung einigten sich die Freisinnigen darauf, sie wollten die Blumenstraüße nicht als „offizielle“ Guldigungen ansehen. Die Sitzung konnte beginnen. So geschah 1912 in der „freien“ Stadt Frankfurt am Main.

Gasvergiftung. In der Nacht zum 24. Januar ist in Hermsdorf (Schlesien) die Familie des Klempnermeisters Vamst durch Einatmen von Gas, das einer am Hause vorbeiführenden Leitung entlief und durch den Keller in das Wohnhaus einbrang, vergiftet worden. Die Ehefrau, die zwei Töchter und der Sohn sind tot. Der Gemann ist zwar noch lebend aufgefunden worden, doch ist sein Zustand hoffnungslos.

Nach der Wahl schon Säbelche? Wie der „Voss-Zeitung“ aus Rattow gemeldet wird, durchzog dort nach der Verkündung des polnischen Wahlgesetzes eine große Menschenmenge die Straßen, die Rufe gegen den Sieger ausbrachte. Die Polizei mischte sich ein, als ob durch das Rufen irgend etwas gefährdet worden wäre und ein Polizeibeamter soll, als er Verhaftungen vornehmen wollte, so bedrängt worden sein, daß er mehrfach von seiner Pistole Gebrauch machte.

Doch kein Berliner Mysterium? In der Landesirrenanstalt in Czernowitz ist eine schwere Epidemie ausgebrochen, von der bisher 25 Insassen der Anstalt sowie der Arzt Dr. Kamler erkrankt wurden. Die Erscheinungen der Krankheit sind influenzaartig, doch mit furchtbarem Durchfall verbunden. Den herbeigerufenen Professoren ist es bisher nicht gelungen, eine genaue Diagnose zu stellen.

Im Streit erschlagen. In einer Gastwirtschaft in Berlin geriet gestern der Inhaber des Lokals mit einem Gaste aus der Nachbarschaft in einen Wortwechsel. Dabei erhielt der Wirt von dem Gaste plötzlich einen Faustschlag gegen die Schläfe, unter dessen Wucht er zusammenbrach und nach kurzer Zeit verstarb. Der Täter wurde verhaftet.

Nicht verlegen! Aus St. Ingbert wird der „Frei. Btg.“ ein Gedichtchen erzählt, das in artiger Weise von der Schlagfertigkeit des Wälders zeugt. In einer mit Kindern reich gesegneten, sonst aber in ärmlichen Verhältnissen lebenden Familie, machte der Klapperstorch wieder einmal unverheiratete Tochter des Hauses, mit Namen Marie, heim. Da war für den um Anstand und gute Sitten besorgten Familienvater nun guter Rat teuer, wie er am Morgen seiner großen Kindeschar, die wohl alle schon den neuen Familienzuwachs schreien gehört, das Ergebnis bekannt geben könne. Am Tag, kam Rat. Am Morgen riefen die Kinder aus den Betten: „Papa, gell, m'r han wieder e kleen Kind kriegt?“ „Jo, mei' Kinner“ sagt der Papa, „awer die Mama hat ke Zeit un do hat sich dezmol's Marie zum Kind ins Bett gelegt.“ — So, nun war die Sache für die Kinder plausibel und für den besorgten Vater erledigt.

Eine aufregende Szene spielte sich vor einem Berliner Schöffengericht ab. Auf eine Anklage wegen Diebstahls hatte sich eine Frau zu verantworten. Sie leugnete entschieden, wurde aber auf Grund der Aussage einer Zeugin, die sie bestimmt wiedererkannte, zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Da erörnte von der Anklagebank ein furchtbarer Schrei. Die Verurteilte rief verzweifelt aus: „Ich bin unschuldig, so wahr ich dieses Gift trinke.“ Sie legte ein Nähnägel an den Mund und trank es aus. Der Vorsitzende, der Gerichtsdienner und der im Zuhörerraum anwesende Gemann stürzten auf die Lebensmilde zu und es wurde ihr sofort herbeigebrachte Milch eingegeben, dann brachte man sie in das Krankenhaus, wo ihr der Magen ausgepumpt wurde.

Eine Disziplinaruntersuchung ist gegen den Oberregierungsrat Frank vom bayrischen Verkehrsministerium, Mitglied des Landtages, wegen einer Rede, die er in einer Zentrumsvorversammlung seines heimlichen Wahlkreises (Oberpfalz) gehalten hat, eröffnet worden. Er hatte in einer Besprechung des bekannten Zwillies der Regierung mit der verflochtenen Mehrheitspartei im Landtage geäußert: „Es gibt so unvorsichtige Minister, die am Dienstag die Zentrumskommunikation eine Bande genannt haben.“ Frank wurde, nachdem er im Jahre 1899 Zentrumskommunikations geworden war, ins Verkehrsministerium berufen.

Wahnsinnstakt einer Mutter. Aus Orient wird gemeldet: Eine blühende Frau, die schon mehrfach im Irren-

hause interniert war, hat in einem Anfall von Wahnsinn ihre drei Kinder ins Feuer geworfen. Die Kinder im Alter von 5, 2 1/2 und 1/2 Jahren wurden von Nachbarn gerettet, haben jedoch derartig schwere Brandwunden erlitten, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

Brand in einem Theater. Am Dienstag entstand während der Abendvorstellung im Rudolfsstädter städtischen Theater auf der Bühne ein Brand mit starker Rauchentwicklung. Das Publikum geriet in eine Panik, die in dem altmodisch gebauten, engen Theater zweifelsohne die schlimmsten Folgen gehabt hätte, wenn nicht Geheimrat Max Grube, der eine Hauptrolle des Stückes Lindners „Revolutionshochzeit“ spielte, auf das energischste auf das Publikum eingewirkt und es beruhigt hätte.

Die Mache des Revolveren. Im Justizpalast in Marzelle gab ein ehemaliger Wirt namens Weran während des gerichtlichen Verkaufes seiner Häuser auf die Anwälte Journet und Weisser zwei Revolverstücke ab und schloß sich sodann eine Kugel in den Mund. Die Verletzungen der beiden Anwälte wie auch des Täters sind sehr schwer.

Vom Submissionsauftrag. Die Breslauer „Volkswehr“ berichtet aus Neusalz: „Der erste Submissionsstermin für den Eisenbahnbau Großen-Sommerfeld fand in der kgl. Eisenbahnbauabteilung zu Großen statt. Die Ausführung der Erdarbeiten und Kunstbauten für Los 1 und 2, sowie der Vorarbeiten des Oberbaues war ausgeschrieben worden. Im ganzen waren 26 Angebote abgegeben worden. Für Los 1 betrug das Höchstgebot rund 926886 Mark, das niedrigste Gebot rund 168176 Mark, für Los 2 rund 580885 Mark und 97787 Mark. — Danach beträgt also die Hauptforderung in beiden Fällen mehr als das Fünffache des Mindestangebots.“

Die Ergebnisse der Volkszählung in Indien. Die Volkszählung in Britisch-Indien, die im vorigen Jahre vorgenommen wurde, ergibt eine Steigerung der Bevölkerung von 204 auf 315 Millionen im letzten Jahrzehnt. Die Hindus haben sich in diesem Zeitraum von 207 148 900 auf 217 590 000, also ungefähr um eine Million pro Jahr, vermehrt. Die Zahl der Mohammedaner ist von 82 460 000 auf 66 620 000 gestiegen. Die Zunahme kommt hauptsächlich auf Rechnung von Bengalen und Assam, denn in Bengalen, dem zweitgrößten mohammedanischen Zentrum, ist die Gesamtbevölkerung infolge der Pest und Malaria um einige Prozent zurückgegangen. An der Spitze der kleineren Religionsgemeinschaften stehen die Buddhisten, die fast ausschließlich in Birma ansässig sind und gegen 10,8 Millionen zählen. Die militärisch wichtigen Sikhs sind auf etwas über drei Millionen gestiegen. Die Zahl der Christen, die sich in viele Bekenntnisse spalten, ist seit 1801 von 2 920 000 auf 3 880 000 gestiegen.

Ausführung der Eisenbahnwagen. Die preussische Eisenbahnverwaltung hat beschlossen, die D-Zugwagen mit Wäldern auszustatten. Zu diesem Zwecke erfolgt eine Ausschreibung von 8000 Wälderrahmen, die aus Nutzbaumholz und Eichenholz angefertigt sein sollen, um sie in die übrige Ausstattung der D-Zugwagen einzufügen. Auch die Schlafwagen, die demnächst eingestellt werden, sollen eine neue Form und neue Vollkommenheiten erhalten. Sie werden einen Meter länger gebaut sein als die bisherigen. Weber die Zahl der Achsen, noch die Zahl der Abteilungen, deren es zehn sind, werden eine Veränderung erfahren. Dagegen werden die einzelnen Abteilungen breiter und durch die schrägen Zwischenwände, die das Anbringen der Wälder quer vor den Ecken gestattet, die Bequemlichkeit beim Waschen bedeutend erhöht.

Kleine Nachrichten. Ein unglaublicher Fall von Rohheit wird aus dem städtischen Asyl für Obdachlose in der Kröbelstraße in Berlin mitgeteilt. In der Nacht vom Montag wurde ein Asylist von mehreren anderen, denen sein Singen nicht gefiel, derartig schwer mißhandelt, daß er nach dem Krankenhause gebracht werden mußte und dort nach kurzer Zeit verstarb. — Mit einem gefälschten Scheck erschwindelten sich in Herne zwei junge Leute 20 000 Mk. Erst einige Zeit nach der Auszahlung der Summe wurde der Betrug entdeckt. Inzwischen hatten die Schwindler die Flucht ergriffen. — Der Bauntemnehmer Ohi in Wemmelweiler bei Köln, der sich in eine Wahldebatte vertieft bis morgens 4 Uhr in seinem Wahllokal aufgehalten hatte, war gerade im Begriff, mit einigen Bekannten fortzugehen, als drei als Kaufbolde bekannte Burschen das Lokal betraten. Der Wirt weigerte sich, ihnen Getränke zu verabfolgen. Darauf ergriff der eine eine Bierflasche und schlug damit den Wirt auf den Kopf. Jetzt entspann sich ein Handgemenge, in dessen Verlauf Ohi von einer Kugel in die Stirn getroffen tot zu Boden sank. — In der Nacht zum Mittwoch geriet in München in seiner Wirtschaft der Gastwirt Dent mit einem Gaste in Streit. Der Gast wurde von diesem mit einem Bierseidel erschlagen. Der Täter stellte sich selbst der Polizei.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes E. Hing. Verleger: J. Schwarz. Druck: Friedr. W. C. C. & Co. Sämtlich in Lübeck.

Heute nacht um 1 1/2 Uhr entschlief sanft und ruhig nach langem schweren Leiden mein lieber Mann, meiner Kinder guter und treuer Vater

Heinrich Claußen

in seinem 44. Lebensjahre. Zu tiefer Trauer

Elisabeth Claußen, geb. Grell, nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am Montag, dem 29. Jan., vorm. 10 1/2 Uhr, von der Leichenhalle Burgtor aus statt.

Deutscher Transportarbeiterverband
Mitgliedschaft Lübeck.

Sektion Schauerleute!

Am Mittwoch, dem 24. Januar, verstarb unser langjähriger Kollege, der Wormald

Heinrich Claußen

im Alter von 43 Jahren.

Seine letzten Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, dem 29. Januar, vormittags 10 1/2 Uhr, von der Leichenhalle Burgtor aus statt.

Abmarsch der Kollegen zur Trauerfeier präzis 10 Uhr vom Gewerkschaftshaus.

Am restz jährliche Beerdigung findet

Der Vorstand.

Am Mittwoch, dem 24. Januar, verschied nach langem, schweren Leiden unser langjähriger Vorarbeiter

Heinrich Claußen.

Als pflichtgetreuen, strebsamen Angestellten widmen wir dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken.

Firma Kreplin & Boye.

Allen denen, die unserer lieben Wanda die letzte Ehre erwiesen und ihren Sarg so reich mit Kränzen schmückten, besonders Herrn Pastor Reinhard, den Lehrern sowie Mitschülerinnen unsern herzlichsten Dank.
Lübeck, den 24. Januar 1912.

Carl Mallwitz und Frau.

Wesentliches Merkmal zu Otern 1912

1 Lehrling.

Leopold Dieck, Gipsarbeiter

Gestern abend 8 1/2 Uhr entschlief sanft nach kurzer schwerer Krankheit meine innigst geliebte Frau, unsere gute Tochter

Dora Kunzmann,

geb. Schwartz,
im 37. Lebensjahre. Tief betrauert von den Hinterbliebenen.
Ernst Kunzmann und Familie.

Lübeck, den 24. Januar 1912, Liliensstraße 11, II.
Die Trauerfeier findet am Sonnabend, dem 27. Januar, mittags 12 1/2 Uhr in der St.-Lorenz-Kirche statt.

Zwei Zugänge

zu verkaufen. Tremskump 39.

Fast neues Bett, Preis 25 Mk. und Bekleid zu verkaufen. Schildstraße 5.

Durch Zufall neuer Kinderwagen und Sportkarre (Brennabor) billig zu verkaufen Schildstraße 5, I.

Itür. Kleiderschrank, Kommode, Sofa, Bettstöße mit Bettzeug zum abverm. gesucht. Angeb. mit Preis unter B F an die Exped. viel. Bl.

Eleg. feid. Damen-Maschenkostüm zu verm. Travellmannstr. 23, part.

Seefische zu verkaufen

—Watershawer 22.

Ia. Dobermann

Polizei-Hund. Prima Stammbaum. 1 Jahr 9 Monate alt, gut dressiert u. sehr gehorh. Eltern: Sieger Prinz Carlo-Victoria. Manfa von Medlenburg. Umstandehalber billigst zu verkaufen.

J. Goldbaum, Königstr. 49.